

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

156. Sitzung

Berlin, Freitag, den 9. März 2001

Inhalt:

Zusatztagesordnungspunkt 10:

Antrag der Abgeordneten Franz Thönnies, Klaus Wiesehügel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion SPD sowie der Abgeordneten Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: **Eckpunkte zur Verbesserung der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit** (Drucksache 14/5270) 15283 A

in Verbindung mit

Zusatztagesordnungspunkt 11:

Antrag der Abgeordneten Franz Thönnies, Doris Barnett, weiterer Abgeordneter und der Fraktion SPD sowie der Abgeordneten Dr. Thea Dückert, Ekin Deligöz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: **Jobrotation im Arbeitsförderungsrecht verankern** (Drucksache 14/5245) 15283 B

Franz Thönnies SPD 15283 C

Birgit Schnieber-Jastram CDU/CSU 15285 A

Dr. Thea Dückert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 15287 D

Dirk Niebel F.D.P. 15288 D

Dr. Klaus Grehn PDS 15290 A

Klaus Wiesehügel SPD 15291 A

Tagesordnungspunkt 16:

Antrag der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Dr.-Ing. Dietmar Kansy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion CDU/

CSU: Konzept für die zukünftige Finanzierung der Bundesverkehrswege

(Drucksache 14/5317) 15292 D

Eduard Oswald CDU/CSU 15292 D

Reinhard Weis (Stendal) SPD 15294 A

Horst Friedrich (Bayreuth) F.D.P. 15296 A

Albert Schmidt (Hitzhofen) BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN 15297 B

Dr. Winfried Wolf PDS 15299 A

Dirk Fischer (Hamburg) CDU/CSU 15299 D

Klaus Hasenfratz SPD 15302 C

Tagesordnungspunkt 17:

Antrag der Abgeordneten Rainer Brüderle, Marita Sehn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion F.D.P.: **Steuerrecht vereinfachen – Schaumweinsteuer abschaffen** (Drucksache 14/5337) 15303 B

Marita Sehn F.D.P. 15303 B

Horst Schild SPD 15304 B

Norbert Schindler CDU/CSU 15305 C

Dr. Dietmar Bartsch PDS 15307 A

Dr. Barbara Hendricks, Parl. Staatssekretärin BMF 15307 C

Norbert Schindler CDU/CSU 15308 D

Nächste Sitzung 15309 D

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten 15311 A

Anlage 2

Nachträglich zu Protokoll gegebene Antwort:
Auswirkungen der Verringerung der Zahl
von Korrespondentenstellen im Ausland auf
die Leistungsfähigkeit der Bundesstelle für
Außenhandelsinformation; kostengünstigere
Informationsbeschaffung (154. Sitzung am
7. März 2001)

MdlAnfr 26, 27

Erich G. Fritz CDU/CSU

Antw PStSkr'in Margareta Wolf BMWi ... 15312 B

Anlage 3

Zu Protokoll gegebene Rede zur Beratung des
Antrages: Steuerrecht vereinfachen – Schaum-
weinsteuer abschaffen (Tagesordnungspunkt 17)

Christine Scheel BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 15313 A

Anlage 4

Amtliche Mitteilungen 15313 C

(A)

(C)

156. Sitzung

Berlin, Freitag, den 9. März 2001

Beginn: 9.00 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Guten Morgen!
Die Sitzung ist eröffnet.

Ich rufe die Zusatzpunkte 10 und 11 auf:

ZP 10 Beratung des Antrags der Abgeordneten Franz Thönnnes, Klaus Wiesehügel, Leyla Onur, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Eckpunkte zur Verbesserung der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit

– Drucksache 14/5270 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung (f)
Innenausschuss
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder
Ausschuss für Tourismus

ZP 11 Beratung des Antrags der Abgeordneten Franz Thönnnes, Doris Barnett, Klaus Brandner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Thea Dückert, Ekin Deligöz, Matthias Berninger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Jobrotation im Arbeitsförderungsrecht verankern

– Drucksache 14/5245 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Franz Thönnnes.

Franz Thönnnes (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute Morgen über zwei sehr wichtige Themenfelder der Reformpolitik der Bundesregierung. Ich will mich dabei auf das Feld konzentrieren, das ganz zentral etwas mit dem Projekt „Arbeit, Bildung, Innovation“ zu tun hat. Es geht um Modernisierung und Gerechtigkeit. Es geht bei dem Thema Jobrotation um das Prinzip der Teilhabe an Arbeit, Bildung und Gesellschaft.

(Birgit Schnieber-Jastram [CDU/CSU]: Schön, dass Sie das erkannt haben!)

(D)

Ich glaube, dass dieses Prinzip – bis vielleicht auf einige Detailfragen – in diesem Haus in großer Übereinstimmung diskutiert werden kann. Es geht nämlich um die sinnvolle Verbindung der Herausforderung des Abbaus von Arbeitslosigkeit mit der Herausforderung, die Menschen zu qualifizieren, die Arbeitnehmer weiterzubilden, damit sie den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beides hat etwas mit Teilhabe zu tun: mit Teilhabe am Arbeitsprozess, Teilhabe am Bildungsprozess und damit auch Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Wer Untersuchungen des **Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung** der Bundesanstalt für Arbeit zur Kenntnis nimmt, der weiß, dass bis zum Jahre 2010 die Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten erheblich steigen werden. Prognosen machen deutlich, dass sich der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Hauptschulabschluss an der Gesamtzahl der Beschäftigten halbieren wird, dass diejenigen, die eine Berufsausbildung haben, im Jahre 2010 einen Anteil von 59,6 Prozent haben werden – das ist eine Steigerung um 3 Prozent –, dass sich die Anteile der Fachschüler und der Fachhochschüler fast verdoppeln werden und dass der Anteil der Hochschüler um 56 Prozent steigen wird. Das heißt, die Anforderungen an Qualifikation werden immer größer.

Franz Thönnies

- (A) Die Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit der Integration von Arbeitslosen in den Betrieb zu verbinden, das ist das zentrale Prinzip der Jobrotation. Es gibt eigentlich auf allen Seiten nur Gewinner dieses Prozesses. Im Idealfall haben die Unternehmer den Vorteil, dass die Qualifikation und die Motivation der Beschäftigten steigen, dass die **Wettbewerbsfähigkeit** des Unternehmens erhöht wird, dass Produktivität und Qualität der Produkte sich verbessern und dass bei Neueinstellungen zeitaufwendige, intensive Personalauswahlverfahren entfallen.

Für die Arbeitnehmer gibt es drei zentrale Vorteile: Ihre Beschäftigungsfähigkeit wird gesteigert; ihre flexible Einsetzbarkeit wird erhöht; zusätzliche Qualifikation sichert ihre Beschäftigung.

Was ganz wichtig ist: Menschen, die arbeitslos sind und wieder nach einer Perspektive suchen, bekommen die Möglichkeit, ihre Qualifikationen zu erweitern. Sie können neue, praktische Berufserfahrungen sammeln. Ihre Vermittlungsfähigkeit in Bezug auf den Arbeitsmarkt wird erhöht. Was auch noch wichtig ist: Sie werden wieder in einen ganz zentralen Bereich unserer Gesellschaft integriert. Sie sind nicht ausgegrenzt. Sie haben Kontakte zu anderen Arbeitnehmern. Sie können sich beweisen. Das ist für alle ein Gewinn. Das ist ein Beweis dafür, dass man Modernisierung und Gerechtigkeit sinnvoll miteinander verknüpfen kann.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Wenn wir über die Landesgrenze hinaus in den Norden Europas schauen, sehen wir, dass uns die Dänen hier ein Vorbild sind. Seit 1993 arbeiten sie mit diesem Prinzip der Jobrotation. Das heißt, dass ein Arbeitnehmer, der sich weiterbildet, von einem Arbeitslosen ersetzt wird, der in dieser Zeit im Betrieb als Stellvertreter arbeitet. In **Dänemark** hat dieses Element zusammen mit anderen Elementen der aktiven Arbeitsmarktpolitik dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit Ende 2000 mit 5,5 Prozent nahezu halbiert wurde.

Wie uns das Arbeitsamt Kopenhagen Ende des Jahres 2000 deutlich aufgezeigt hat, hat dies in Dänemark ferner zu folgendem Ergebnis geführt: 80 Prozent derjenigen Arbeitslosen, die mit einer Stellvertreterregelung im Betrieb die Möglichkeit hatten, wieder zu arbeiten, sind später in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen worden. Dies ist ein eindeutiger Beweis dafür: Kreative Arbeitsmarktpolitik kann dazu beitragen, Menschen wieder in Arbeit und Beschäftigung zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Idee haben die Mitglieder des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit aufgegriffen und anhand einer Vielzahl von ADAPT-Projekten ausgewertet, die in Deutschland praktiziert worden sind. Seit Anfang der 90er-Jahre gibt es Studien, die belegen: Im Jahre 2005 werden 80 Prozent der Arbeitnehmer ihre Arbeit auf der Basis einer Ausbildung erledigen, die zehn Jahre zurückliegt. Aber gleichzeitig werden 80 Prozent unserer Technologien jünger als zehn Jahre sein. Diese Zahlen zeigen die Notwendigkeit zu handeln und die Herausforderungen, denen mit den ADAPT-Projekten und der Jobrotation Rechnung getragen wird.

- 740 Unternehmen aus dem Mittelstand wurden bei einer Untersuchung während der ADAPT-Projekte befragt. 2 030 Weiterbildungsteilnehmer haben an den Projekten teilgenommen, darunter 986 Stellvertreter. Das gute Ergebnis hier in Deutschland ist: 61 Prozent haben im Anschluss daran wieder eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit aufgenommen. 43 Prozent von ihnen waren Langzeitarbeitslose. Auch hier wird deutlich: Modernisierung und Gerechtigkeit lassen sich miteinander verknüpfen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Jetzt geht es darum, mit der **SGB-III-Reform** und unserem Antrag, den wir heute vorgelegt haben, neuen Schwung in den deutschen Arbeitsmarkt zu bringen. Dabei wird es darauf ankommen, eine passgenaue Vermittlung zwischen den Interessen zu organisieren, die im Betrieb liegen, und den Qualifikationsangeboten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Arbeit suchen. Deswegen wollen wir, dass die Arbeitgeber, die sich an diesen Projekten beteiligen, einen Zuschuss für die befristete Beschäftigung des Stellvertreters bekommen, dass die Voraussetzungen für die berufliche Weiterbildung eines Beschäftigten vom Arbeitgeber geschaffen und auch getragen werden und dass diejenigen, die als Arbeitslose in den Betrieb hineinkommen, tarifvertraglich entlohnt werden.

Es wird im weiteren Verfahren zu überlegen sein, ob wir ein Coaching, eine Begleitung, benötigen. Ich will keine allzu großen Erwartungen wecken, weil ich weiß, dass es sich um ein sehr filigranes Element der Arbeitsmarktpolitik handelt. Aber es wird notwendig sein, auch diejenigen, die im Vermittlungsbereich der **Arbeitsverwaltung** tätig sind, entsprechend zu qualifizieren, damit sie sich noch stärker auf die Bedürfnisse der Betriebe und die vorhandenen Qualifikationsangebote der Arbeitslosen konzentrieren können.

Wir wollen, dass Jobrotation zu einem Regelinstrument der Arbeitsförderung wird. Wir glauben, dass auch in Deutschland Menschen, die lange darauf warten, wieder Arbeit und damit eine Perspektive für sich und ihre Familie zu bekommen, eine Chance haben müssen, eine neue Tätigkeit zu finden. Wir wollen, dass die Arbeitsämter die Integration Arbeitsloser formieren, mit der Möglichkeit, die uns der Eingliederungstitel in der Arbeitsmarktpolitik gibt, vor Ort sehr flexibel arbeiten und sich den Bedürfnissen in ihrer Region genau zuwenden.

Wir glauben, dass die deutsche Arbeitsmarktpolitik mit der Jobrotation einen kräftigen Schub nach vorne bekommen kann und dass das deutlich wird, was wir am Anfang dieser Legislaturperiode zugesagt haben: Modernisierung und Gerechtigkeit sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Dass das sinnvoll zu verknüpfen ist, werden wir nach außen darstellen.

Danke.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Karl-Josef Laumann [CDU/
CSU]: Wir haben es begriffen!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Birgit Schnieber-Jastram.

(A) **Birgit Schnieber-Jastram** (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Thönnnes, „die Botschaft hör‘ ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Franz Thönnnes [SPD]: Dann brauchen wir nicht weiter zu diskutieren, wenn das eine Glaubensfrage ist!)

Nach knapp einem Jahr Schamfrist haben Sie Ihre Beratungsresistenz aufgegeben und endlich unseren Vorschlag zur Einführung eines Jobrotation-Programms aufgenommen.

(Franz Thönnnes [SPD]: Schauen Sie sich einmal den Antrag an!)

Das sind erste Anzeichen von Lernfähigkeit, die uns hoffen lassen, und zwar darauf, dass die Regierungskoalition auch unsere anderen Vorschläge zur **Qualifizierung und Beschäftigung älterer Menschen** übernehmen wird. Wir haben diese ja vor kurzem im Plenum eingebracht und diskutiert. Vielleicht geht Ihre bessere Einsicht ja sogar so weit, dass die Vernunft auch bei der Rentenreform, der Neuregelung des Betriebsverfassungsgesetzes und anderen Vorhaben greift. Das würde uns ganz besonders freuen.

Ich habe es gesagt: Sie haben unseren Vorschlag zum Jobrotation-Programm aufgegriffen. Vielleicht ist das ein gutes Zeichen und auf gute Zeichen am Arbeitsmarkt warten derzeit ungefähr 5,2 Millionen, nach manchen Schätzungen sogar 5,7 Millionen Menschen; denn die Arbeitslosigkeit, die offizielle und die verdeckte, ist nun einmal so hoch.

(B) Diese Menschen haben am vergangenen Sonntag wieder einmal gewartet, aber vergebens. Denn es ist sehr deutlich geworden: Was in des Kanzlers Konsensrunde verabschiedet wurde, bedeutet „Stillstand statt Aufbruch“. „Nach achtmonatiger Vorbereitungszeit ist solch ein Ergebnis nur blamabel zu nennen.“ Dieses Resümee zieht die „Süddeutsche Zeitung“, die bekanntlich kein Organ der Opposition ist.

(Zuruf von der SPD: Aber auch keines der Regierung!)

Schauen wir uns doch einmal an, was die Beteiligten des Treffens am Sonntag als Ergebnis festgehalten haben. Der Kanzler hat betont, dass es seine Rolle sei, den Versuch zu machen, „wirtschaftliche Vernunft zu realisieren“ und dann „für einen Ausgleich der Interessen zu sorgen“. Davon abgesehen, dass es an der wirtschaftlichen Vernunft der Regierung berechnete Zweifel geben kann,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

scheint ihm die Vermittlerrolle ja in der Tat hervorragend gelungen zu sein. Der Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt spricht von einem „2:0-Erfolg für uns“, also für die Arbeitgeber. Anscheinend hat er Recht, denn Dieter Schulte, der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes, dem die meisten von Ihnen ja in besonderer Weise zugetan sind, hat laut „Frankfurter Rundschau“ eine Niederlage eingeräumt.

(Franz Thönnnes [SPD]: Sagen Sie doch einmal etwas zu Jobrotation!)

IG-Metall-Chef Klaus Zwickel – auch er ist für Sie alle kein Fremder – hat gesagt, das **Bündnis für Arbeit** sei unter dem Aspekt der Beschäftigung „kein ausreichender Erfolg“; er hat von „unverbindlichen Vereinbarungen“ gesprochen und hat mit einer „schwierigen, möglicherweise explosiven“ Tarifrunde gedroht. Das ist Ihr Verdienst.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn der Kanzler schon glaubt, bei den Treffen der Tarifpartner

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Teerunden!)

den Moderator geben zu müssen, dann sollte er, finde ich, jedenfalls für Ergebnisse sorgen, bei denen sich nicht eine Partei als Sieger und die andere Partei als Verlierer fühlt. Manches Gewerkschaftsmitglied wird sich wirklich fragen, wem man 1998 mit Millionen aus Beiträgen zur Kanzlerschaft verholfen hat. Was ist die Ernte? Was wird beim Bündnis für Arbeit vermittelt?

(Klaus Brandner [SPD]: Haben Sie mal in die Spendenliste geguckt? – Franz Thönnnes [SPD]: Sagen Sie doch mal was zu Spenden!)

– Ihnen fällt wirklich nichts Besseres ein, Herr Thönnnes.

Welche konkreten Maßnahmen sind nun vereinbart worden? Die Antwort ist einfach: Keine.

(Franz Thönnnes [SPD]: Quatsch!)

Was wurde vereinbart, um die Millionen Erwerbslosen in Arbeit zu bringen? Nichts.

(Zuruf von der SPD: Doch, natürlich!)

(D) Was waren die zählbaren Ergebnisse des Treffens am Sonntag? Achteinhalb Seiten heiße Luft und Absichtserklärungen nach dem Motto: Wie schön, dass wir mal wieder darüber geredet haben!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Außer Spesen nichts gewesen!)

Die Liste der Teilnehmer ist länger als alle Passagen der **gemeinsamen Erklärung** zu den wirklichen Problemgruppen des Arbeitsmarktes. Die Einzigen, denen das Treffen zusätzliche Beschäftigung gebracht hat, sind die Mitarbeiter, die für Organisation und Einladung sorgen mussten.

(Dirk Niebel [F.D.P.]: Und die Verbandsvertreter!)

Wenn die Bundesregierung den Gesprächen mit den Tarifpartnern wirklich einen Sinn geben will, dann muss sie endlich die Themen in die Debatte einbringen, die der Schaffung neuer Arbeitsplätze in Deutschland entgegenstehen. Das sind folgende Fragen: Wie kann die fortschreitende Überregulierung des Arbeitsmarktes endlich gestoppt und wie können überflüssige Vorschriften endlich abgebaut werden?

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Lachen bei der SPD – Franz Thönnnes [SPD]: Bürokratie muss jetzt kommen! Bürokratisierung!)

Birgit Schnieber-Jastram

- (A) Wie können die 43 Milliarden DM für aktive Arbeitsmarktpolitik sinnvoller und effektiver als bisher verwandt werden? Wie können Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe so verknüpft werden, dass Anreize zur Arbeit geschaffen werden? Wie können für Geringqualifizierte zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden? Zu all diesen Themen herrscht Schweigen, wenn die Tarifpartner mit dem Kanzler Tee trinken.

Was mir beim besten Willen nicht einleuchten will, ist die Tatsache, dass die erschreckende **Arbeitsmarktsituation in den neuen Ländern** in der gemeinsamen Erklärung mit so gut wie keinem Wort angesprochen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dirk Niebel [F.D.P.]: Sie haben das mit den 3 Millionen noch nicht gesagt!)

Ich hatte gehört – ich denke, Sie auch –, dass der Kanzler die Angelegenheiten der neuen Länder zur Chefsache machen wollte.

(Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Das war die reinste Drohung, wenn man die Zahlen sieht!)

Sie scheinen ihm aber nicht so wichtig zu sein, um sie beim Bündnis für Arbeit zu diskutieren.

Was hat der Kanzler in der Chefsache bisher erreicht? Ich zitiere in diesem Zusammenhang aus der Mitgliederzeitschrift der IG Metall: extrem hohe Arbeitslosigkeit, viel zu wenig Lehrstellen, Flucht von qualifizierten Arbeitnehmern in den Westen.

- (B) Gestern stand in der „Bild“-Zeitung, der glücklichste Mann in der brandenburgischen Stadt Wittenberge sei der Umzugsunternehmer, da jedes Jahr durchschnittlich 1 400 Bürger ihre Koffer packen, um dem Schicksal der Arbeitslosigkeit – es gibt dort eine Arbeitslosenquote von 18 Prozent – zu entfliehen. Geht das so weiter, ist die Stadt in 20 Jahren ohne Einwohner.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dirk Niebel [F.D.P.]: Und der Kanzler trinkt Tee!)

Die Krönung ist: Das Bundesarbeitsministerium gönnt den neuen Bundesländern in seiner Kommentierung der neuesten Arbeitslosenzahlen nur einen Satz:

In Ostdeutschland hat sich die Zahl der Arbeitslosen leicht auf 1,490 Millionen erhöht (Arbeitslosenquote 18,9 Prozent).

Das war es. Es folgen weder Erklärungen noch Lösungsvorschläge; denn was Sie nicht mit Siegerlächeln verkünden können, wollen Sie unter den Teppich kehren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Klaus Brandner [SPD]: Das sind die blühenden Landschaften, die wir von Ihnen übernommen haben! – Gegenruf des Abg. Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Bei Ihnen blüht auch nichts!)

Ich frage nochmals: Warum hat die Bundesregierung die neuen Länder nicht zum Hauptthema des Bündnisses für Arbeit gemacht? Ich vermute als Grund, die Bundesregierung hätte sonst eingestehen müssen, dass die tat-

sächliche Arbeitslosigkeit in vielen Arbeitsamtsbezirken Mecklenburg-Vorpommerns, Sachsen-Anhalts und anderer neuer Bundesländer doppelt so hoch ist, wie die Daten der offiziellen Statistik es ausweisen. Wenn man die Arbeitssuchenden dazuzählt, die zeitlich befristet an öffentlich geförderten Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen, dann ergibt sich, dass oftmals vier von zehn Erwerbstätigen nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt beschäftigt werden. Ich sage nur: Chefsache Ost.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: In diesem Fall ist der Chef die reinste Bedrohung!)

Schauen wir uns doch einmal ein anderes Programm etwas näher an, auf das Sie auch sehr stolz sind. Da gibt es das legendäre **JUMP-Programm** für junge Menschen. Legenden haftet ja oftmals eine etwas freiere Auslegung der Wahrheit an;

(Dirk Niebel [F.D.P.]: Illustrativ!)

aber ich sage Ihnen eins: Das JUMP-Programm ist schlichtweg eine Münchhausen-Geschichte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Seit rund zwei Jahren fließen jährlich 800 Millionen DM aus diesem Programm in die neuen Länder. Jetzt sollen es jährlich 1 Milliarde DM werden. Das Ergebnis – Sie haben das immer noch nicht wahrgenommen –: Anstieg der **Jugendarbeitslosigkeit** in den neuen Ländern im letzten Jahr um sage und schreibe 13,1 Prozent! Das ist das Ergebnis dieses Münchhausen-Programms.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Franz Thönnies [SPD]: Wo ist denn da die Schlussfolgerung, dass das Programm nicht gewirkt hat? Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen!)

Sie machen hier – Sie wissen es in Wirklichkeit ganz genau, Herr Thönnies – Programme und Programme für zig Milliarden Mark und wissen noch nicht einmal, wem sie nutzen; Hauptsache, es werden wieder ein paar Erwerbslose aus der Statistik verschwinden. Das ist Ihre Intention.

Das gilt auch für die älteren Arbeitslosen, für die die Bundesregierung sich ja jetzt angeblich so energisch einsetzen will.

(Dirk Niebel [F.D.P.]: Wo ist eigentlich Schwanitz? – Gegenruf des Abg. Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Der ist ja auch die reinste Bedrohung!)

– Jetzt hören Sie doch mal zu! Wir reden nun über die älteren Arbeitslosen.

Ich will Ihnen meine Ausführungen anhand zweier Zahlen verdeutlichen, die uns die Bundesregierung selbst in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage übermittelt hat: Im Jahresdurchschnitt 2000 lag der Anteil der über 50-Jährigen an den durch die Instrumente der **aktiven Arbeitsmarktpolitik** geförderten Personen bei 20,3 Pro-

Birgit Schnieber-Jastram

- (A) zent; bei den Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung lag er gerade bei 7,3 Prozent. Diese Zahlen zeigen sehr deutlich, wo die Zielsetzung der Bundesregierung zu suchen ist: im Drehtüreffekt und nicht darin, ältere Menschen im ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Franz Thönnnes [SPD]: Sie haben wohl die letzten Gesetze verschlafen)

Es gibt noch andere interessante Aussagen. Zum Beispiel:

Gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse über die tatsächlichen Erklärungsfaktoren für die Höhe der Erwerbstätigenquote älterer Menschen liegen der Bundesregierung nicht vor.

So sagt die Bundesregierung. Stochern Sie denn wirklich überall nur im Nebel herum?

Die Passage Ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage, in der die „weit verbreitete Frühverrentung“ zu einer Maßnahme erklärt wird, die die „Zustimmung aller Betroffenen“ gefunden habe, halte ich sogar für zynisch. Ich bin mir nicht so sicher, dass wirklich alle Betroffenen unglaublich begeistert davon waren, mit 50 Jahren oder früher oder später in **Frührente** zu gehen. Ich erlebe etwas anderes.

(Klaus Brandner [SPD]: Das habt Ihr doch eingeführt! – Franz Thönnnes [SPD]: Wer hat denn den Weg dazu geebnet?)

- (B) Ich weiß nicht, wie ein Vater seinen erwachsenen Kindern erklären soll, dass er nun ohne Arbeit ist und mit knapp 55 Jahren in Frührente geht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Zurufe von der SPD)

Wir sind im Gegensatz zu Ihnen der Meinung, dass Arbeit nicht nur Broterwerb ist, sondern auch viel mit Würde, Selbstbewusstsein und sozialer Teilhabe zu tun hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU) sowie des Abg. Dirk Niebel [F.D.P.] – Franz Thönnnes [SPD]: Wie viel Arbeitslose habt ihr denn hinterlassen?)

Deshalb ist Erwerbstätigkeit auch und gerade für ältere Menschen in jedem Fall besser als die Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Liebe Kollegen, rufen Sie bitte nicht dauernd dazwischen! Ansonsten kann die Rednerin gar nicht Luft holen.

Birgit Schnieber-Jastram (CDU/CSU): Insofern halte ich es für erstaunlich, dass Herr Ostertag in der letzten Woche in einer Debatte erklärt hat, dass er stolz sei, dass die **Erwerbstätigenquote** der 50- bis 65-Jährigen mit 48,2 Prozent nur knapp unter dem EU-Durchschnitt von 48,6 Prozent liege. Woran orientieren Sie sich eigentlich? Offenbar am unteren Mittelmaß. Es gibt Länder wie die Schweiz, wie Norwegen, Dänemark, Großbritannien – diese Länder sind gar nicht so weit entfernt – oder die

USA, in denen die Erwerbstätigenquote älterer Menschen bei bis zu 70 Prozent liegt. Das ist das Ziel, das wir erreichen müssen. Aber davon sind Sie weit entfernt. (C)

(Franz Thönnnes [SPD]: Wer hat eigentlich die Katastrophenzahlen abgeliefert?)

Sie haben keine konsequente Linie in der Arbeitsmarktpolitik und denken bestenfalls in Monatszeiträumen.

(Zuruf von der SPD: Sagen Sie doch mal was zu Ihren Hinterlassenschaften!)

Zum Abschluss möchte ich noch etwas zu Ihrem Antrag „Eckpunkte zur Verbesserung der Bekämpfung illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit“ sagen. Wir stimmen zwar der darin zum Ausdruck kommenden Grundintention durchaus zu. Aber wir sind natürlich mit der dort enthaltenen Passage über die erfolgreiche Wirtschafts- und Steuerpolitik der rot-grünen Regierungskoalition überhaupt nicht einverstanden. An dieser Stelle können wir den Antrag nicht mehr mittragen.

(Franz Thönnnes [SPD]: Hätte uns auch sehr gewundert!)

Herr Thönnnes, es gibt viel zu tun, nicht nur für Sie und für alle Ihre Fraktionskollegen, sondern auch für die Regierung, die zwei Jahre lang nur untätig zugeschaut hat. Die Zahlen sind ein deutlicher Beleg dafür.

(Lachen bei der SPD)

Machen Sie endlich was!

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Zuruf des Abg. Franz Thönnnes [SPD]: Sie haben uns viel hinterlassen, Frau Kollegin! Einen Berg von Arbeit, in der Tat! Thema verfehlt! Setzen!) (D)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Jetzt hat die Abgeordnete Thea Dücker das Wort.

Dr. Thea Dücker (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren hier – ich glaube, das muss ich in Erinnerung rufen – eigentlich über zwei Anträge, nämlich über den Antrag zur Jobrotation und über den Antrag zur Verbesserung der Bekämpfung der illegalen Beschäftigung.

Frau Schnieber-Jastram, Sie haben wirklich ein Kunststück vollbracht;

(Franz Thönnnes [SPD]: Nein, das war kein Kunststück!)

denn Sie haben von zehn Minuten Ihrer Redezeit – ich schätze einmal – jeweils nur zehn Sekunden zur Jobrotation und zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung gesprochen.

(Birgit Schnieber-Jastram [CDU/CSU]: Nehmen Sie doch erst einmal das Grundsätzliche wahr!)

Dr. Thea Dückert

- (A) Die beiden Botschaften, die Sie uns übermitteln wollten, lassen sich in etwa wie folgt umreißen: Sie nehmen bei der Jobrotation das Urheberrecht in Anspruch und zur **Bekämpfung der illegalen Beschäftigung** sagen Sie: Dagegen wollten wir schon immer etwas tun. Wenn das Ihr ganzer beschäftigungspolitischer Ansatz ist, dann weiß ich, warum Sie von zehn Minuten nur 20 Sekunden zu den Themen der vorliegenden Anträge gesprochen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Die CDU/CSU nimmt für sich in Anspruch, Erfinder der Jobrotation zu sein. Aber das Instrument der Jobrotation existiert bereits seit 1994 in Dänemark. Ich weise nur darauf hin, weil Sie sich auf unsere Nachbarländer berufen haben.

(Birgit Schnieber-Jastram [CDU/CSU]: Frau Dückert, wir haben es doch als Erste eingebracht! Das wissen Sie ganz genau!)

Die Jobrotation ist ein sehr erfolgreiches Instrument. Auch wir haben in rot-grün regierten Ländern wie Nordrhein-Westfalen sehr gute Erfahrungen mit diesem Instrument gemacht. Deswegen ist die Zeit jetzt reif, das Prinzip der Jobrotation in der ganzen Bundesrepublik Deutschland einzuführen.

(Birgit Schnieber-Jastram [CDU/CSU]: Hätten Sie doch längst haben können!)

- (B) Nur, was ich überhaupt nicht leiden kann, Frau Schnieber-Jastram, ist, wenn Sie hier in Krokodilstränen ausbrechen, obwohl doch ganz deutlich belegbar ist, dass Sie bereits seit 1994 einem guten Beispiel aus dem Ausland hätten nacheifern können, aber sage und schreibe erst im Frühjahr des Jahres 2001 einen sehr mageren Antrag zu diesem Thema vorlegen. Das hat mit einer Beschäftigungspolitik, die versucht, sich mit den Erfahrungen, mit dem, was um uns herum passiert, auseinander zu setzen und für Deutschland kreative neue Instrumente anzubieten, überhaupt nichts zu tun.

(Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Wir haben es schon vor einem Jahr vorgeschlagen! – Zuruf von der SPD: Wir waren viel eher da!)

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland ein großes Problem: Für uns als rot-grüne Koalition steht Beschäftigungspolitik auf der politischen Agenda ganz oben. Aber wir haben einen desolaten Arbeitsmarkt und eine desolate Beschäftigungspolitik übernommen und im Hinblick darauf müssen wir Schritt für Schritt eine Modernisierung einführen.

Wir haben – das ist nachweisbar – seit Herbst 1999 einen stetigen Abbau der Arbeitslosigkeit und ein stetiges Ansteigen der Beschäftigung zu verzeichnen.

(Birgit Schnieber-Jastram [CDU/CSU]: Wo leben Sie eigentlich?)

Das reicht nicht; das sage ich auch. Und im Vergleich zu den **europäischen Nachbarländern** müssen wir noch einiges lernen. Warum ist das so? – Weil Ihre Regierung die Entwicklung um uns herum seit Anfang der 90er-Jahre

systematisch verschlafen hat. Die Nachbarländer sind uns um Nasenlängen voraus. (C)

Mit dem, was wir heute vorschlagen – ich freue mich besonders darüber, weil meine Fraktion seit mehr als einem Jahr an diesem Projekt arbeitet –

(Birgit Schnieber-Jastram [CDU/CSU]: Hätten Sie doch unserem Antrag zugestimmt! – Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Vor zwölf Monaten haben wir das vorgeschlagen!)

nämlich die Jobrotation in der Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen, machen wir endlich einen ersten, wenn auch kleinen Schritt in Richtung einer modernen Beschäftigungspolitik, der durch viele andere Maßnahmen ergänzt wird.

(Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Den Sie von uns abgeschrieben haben! – Birgit Schnieber-Jastram [CDU/CSU]: Sie haben gar keine Richtung in der Beschäftigungspolitik!)

– Herr Laumann und Frau Schnieber-Jastram, ich kann Sie wirklich beruhigen. Sie brauchen sich gar nicht so aufzuregen. Wir werden im Sommer dieses Jahres eine **Reform des SGB III** in Gang bringen, die im Kern die beschäftigungspolitischen Instrumente zum Inhalt hat.

(Dirk Niebel [F.D.P.]: Da bin ich gespannt! – Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Im Sommer sind wir gar nicht hier!)

– Sie mögen im Sommer vielleicht nicht hier sein, Herr Laumann. Wir aber werden hier sein, (D)

(Dirk Niebel [F.D.P.]: Weil Sie nachsitzen müssen!)

weil gerade im Sommer angesichts der entspannten Arbeitsmarktsituation eine gute Zeit ist, endlich die Reformprojekte anzugehen.

Ich kann Ihnen nur sagen: Das, was Sie hier abgeliefert haben, bestätigt eigentlich wieder, dass Sie uns einen hohen Berg von Arbeitslosen hinterlassen haben. Es bestätigt, dass Sie in Ihrer Regierungszeit überhaupt kein Fünkchen Kreativität und Modernität in der Beschäftigungspolitik hatten.

(Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Kein Wort zum Osten! Sie wissen gar nicht, wo das ist!)

Ich finde es gut, dass Sie nachträglich auf diesen Zug aufspringen wollen. Seien Sie herzlich begrüßt.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Dirk Niebel.

Dirk Niebel (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir debattieren heute über zwei recht interessante und nicht ganz unwichtige Anträge. Dass dafür nur eine halbe Stunde zur Verfügung

Dirk Niebel

- (A) steht, zeigt den Stellenwert, den die Regierung diesen Anträgen zumisst.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber der Kanzler kümmert sich auch sonst nicht so sehr um Zahlen. Was sind denn 500 000 Arbeitslose mehr oder weniger? Überhaupt: Wenn sich jemand nach gerade einmal zwei Jahren Kanzlerschaft schon selbst als alten Zirkusgaul in der Manege bezeichnet, denkt man eigentlich eher an das Altenteil als an Regierungsfähigkeit.

(Beifall bei der F.D.P. – Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Wo ist eigentlich die Manege?)

Ich befürchte nur, wir werden auch diesen Klepper noch bis 2002 durchfüttern müssen. Dann gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder bekommt er eine Frischzellenkur oder er geht zum Pferdemetzger.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Ich glaube, das war jetzt ein bisschen an der Grenze, Herr Kollege.

Dirk Niebel (F.D.P.): Jawoll, Frau Präsidentin.

(Franz Thönnies [SPD]: Der Kollege ist in der Landwirtschaft groß geworden!)

- (B) Das Thema Arbeitsplatzrotation ist nicht neu. Wir kennen das Ganze aus Dänemark. Wir müssen in Ruhe die Vor- und Nachteile abwägen. Wir müssen schauen, ob nicht womöglich der bürokratische Moloch, von dem wir befürchten, dass Sie ihn – wie bei anderen Gesetzen – wieder aufbauen, dieses Instrument wegen des damit zusammenhängenden hohen organisatorischen und finanziellen Aufwands gerade für kleine und mittlere Betriebe ungeeignet macht.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Darüber hinaus möchte ich zu bedenken geben, dass es manchmal gar nicht so leicht sein wird, den passenden Stellvertreter zu finden. Schauen Sie nach Baden-Württemberg. Wir haben in manchen Regionen des Landes aufgrund der hervorragenden Wirtschaftspolitik von Walter Döring und den Freien Demokraten fast eine Situation der Vollbeschäftigung mit einer Drei vor dem Komma.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie müssen erst einmal gucken, wie Sie die passenden Stellvertreter in die Betriebe bekommen, die Sie mit einer weiteren Subvention ködern wollen.

Darüber hinaus möchte ich darauf hinweisen, dass man dieses Thema im Zusammenhang mit den Bereichen Flexibilisierung der Arbeitszeit, Lebensarbeitszeitkonten, Arbeitnehmerüberlassung und Zeitarbeit diskutieren muss. Im Grunde ist dieses Thema interessant. Besonders gut gefällt mir, dass Sie einen weiteren Schritt in Richtung

Dezentralisierung gehen, dass Sie mehr Kompetenzen auf die örtliche Ebene verlagern und dass Sie eine regionalere Arbeitsmarktpolitik machen wollen. Das ist vernünftig; davon brauchen wir mehr. (C)

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich erinnere an meinen Vorschlag zu den Globalhaushalten für die Arbeitsämter. Darüber sollten wir noch einmal diskutieren.

Was die Schwarzarbeit anbetrifft, möchte ich daran erinnern, dass die Freien Demokraten dazu bereits vor ungefähr einem Jahr, am 23. März letzten Jahres, einen Antrag eingebracht haben. Bisher hat man ihn noch nicht für so wichtig erachtet, dass man dieses Thema im Plenum hier behandelt. Angesichts eines geschätzten Volumens der Schwarzarbeit in Höhe von 658 Milliarden DM und angesichts von Bußgeldern in Höhe von 325 Millionen DM allein im letzten Jahr haben wir es mit einer wahren Boombranche zu tun. Ich würde mich freuen, wenn die Konjunktur in der regulären Wirtschaft genauso brummen würde; aber sie wird durch Ihre Gesetzgebungsverfahren bisher ja abgewürgt.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Um Schwarzarbeit bekämpfen zu können, muss das **Lohnabstandsgebot** durchgesetzt werden. Um das zu erreichen, müssen wir die Arbeitnehmerinkommen von Abgaben und Steuern wesentlich mehr entlasten, als es jetzt der Fall ist. Es muss sich lohnen zu arbeiten. Es muss zwischen staatlicher Transferleistung und Erwerbseinkommen eine deutliche Differenz erkennbar sein. Die Steuerreform darf nicht bei dem stehen bleiben, was bisher vorgelegt worden ist. Das kann nur ein erster kleiner Schritt in Richtung echter Entlastungen gewesen sein. (D)

Wir müssen auch die Lohnnebenkosten ins Auge fassen. Wir hätten seit über einem Jahr die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung um einen Prozentpunkt senken können. Sie wollten das nicht, weil Sie diese Senkung erst im nächsten Jahr vornehmen wollen. Wir alle wissen, warum: Da ist Bundestagswahl. So wird es nicht funktionieren; die Entlastungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen wir früher.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Um Schwarzarbeit zu verhindern, brauchen wir Anreize, eine reguläre Arbeit anzunehmen. Wir brauchen ein eindeutig reformiertes Arbeitsgenehmigungsrecht. Wer sich in diesem Land aufhalten darf, der muss für die Dauer des erlaubten Aufenthaltes in die Lage versetzt werden, selbst für seinen Lebensunterhalt zu sorgen und nicht zwangsweise an den Tropf der Sozialkassen gehängt zu werden. Wenn jemand arbeiten möchte und arbeiten kann und auf der anderen Seite ein Arbeitgeber einen Arbeitsplatz nicht besetzen kann, dann finden sich andere Wege, ins Geschäft zu kommen. Solche Reformen haben Sie bisher verhindert. Selbst die kleinen Schritte, die Sie seit

Dirk Niebel

- (A) Januar dieses Jahres in die richtige Richtung gegangen sind, haben Sie nur auf Druck der Opposition eingeleitet. Kehren Sie um!

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen mehr F.D.P. in diesem Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Klaus Grehn.

Dr. Klaus Grehn (PDS): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Jahren – Kollege Thönnies, Sie haben 1992 genannt – ist das Projekt Jobrotation bekannt. Zumindest seit 1993 besteht die Forderung, so etwas auch in Deutschland durchzuführen. Das heißt, dass Sie auf der rechten Seite fünf Jahre lang Gelegenheit hatten, das durchzuführen; Sie auf der linken Seite hatten zwei Jahre Zeit. In den vergangenen sieben Jahren hat man es also nicht geschafft. Nun steht dieses Thema auf der Tagesordnung. Wir halten Jobrotation für notwendig. Wir unterstützen jede Maßnahme, die einigermaßen vernünftig ist; aus diesem Grunde gilt unsere Unterstützung auch dem Prinzip der Jobrotation.

(Beifall bei der PDS)

- (B) Die CDU hat zwar vor einem Jahr den Antrag 14/2909 eingebracht; aber wir haben ihm damals nicht zugestimmt, weil er einen wesentlichen Mangel hatte: Sie wollten, dass die Arbeitslosen zu nicht tariflichen Entgelten eingestellt werden können. Das ist sozial ungerecht und mit uns nicht zu machen. Dieser Mangel ist behoben; deshalb findet der Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unsere Zustimmung.

(Klaus Brandner [SPD]: Gut so!)

Was die **Lage der älteren Arbeitnehmer** betrifft, kann ich Ihre Erwartungshaltung allerdings nicht teilen. Meine Erwartung ist eher gedämpft. Die Ursache für die hohe Anzahl arbeitsloser älterer Arbeitnehmer hat nicht so sehr etwas mit ihrer Qualifikation zu tun, sondern liegt in deren Alter. Das Jobrotation-Vorhaben müsste daher eigentlich um ein Programm erweitert werden, mit dem die Arbeitgeber davon überzeugt werden, dass die älteren Arbeitnehmer sinnvoll in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

(Beifall bei der PDS)

Solange Ihnen diese Überzeugungsarbeit nicht gelingt, wird Ihr Vorhaben nicht den von Ihnen erwarteten Erfolg haben. Trotzdem erkenne ich an, dass es eine Möglichkeit unter mehreren ist.

Sie haben auf die Einigung im **Bündnis für Arbeit** verwiesen. Das ist für mich sehr interessant. In Bezug auf Jobrotation hat man im Bündnis für Arbeit eine Einigung gefunden, während das Thema Überstundenabbau – eine

weitere Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit abzubauen – (C) nicht behandelt worden ist;

(Zuruf von der SPD: Natürlich ist es behandelt worden!)

deshalb ist dieses Thema in diesem Parlament auch nicht zur Diskussion gestellt worden.

(Zurufe von der SPD: Es gab nur kein Ergebnis! – Doch, natürlich!)

Die Frage ist: Wer entscheidet wo und was?

Ein Weiteres will und kann ich Ihnen nicht ersparen. Seit mehr als zwei Jahren bringt die PDS-Fraktion Anträge zur **Veränderung des SGB III** ein.

(Dirk Niebel [F.D.P.]: Das kommt nicht!)

Sie haben alle Anträge rundherum mit der Begründung abgelehnt, dass es sich um Einzelmaßnahmen handele, aber ein neues SGB III komme. Was ist denn nun Ihre Jobrotation-Maßnahme anderes als eine Einzelmaßnahme? Was wollen Sie denn nun eigentlich? Wollen Sie ein neues SGB III oder wollen Sie es nicht?

(Klaus Brandner [SPD]: Viele erfolgreiche Einzelmaßnahmen! – Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Es ist besser, die machen kein neues! Die können es nicht!)

Ein paar Bemerkungen zur Schwarzarbeit: Wir haben uns mit dem Problem der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung erst vor zwei Monaten im Zusammenhang mit dem Bericht der Bundesregierung zur Bekämpfung (D) der illegalen Beschäftigung befasst. Darin wurde deutlich, dass das Ausmaß der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung, über das niemand etwas Genaues weiß, da es keine genauen Zahlen gibt, über das aber alle reden, trotz verstärkter Maßnahmen bei der Bekämpfung und verschärfter Sanktionen gestiegen ist. In Ihrer jetzigen Vorlage ist nichts anderes vorgesehen, als die Sanktionen weiter zu verschärfen: Die Abschreckungswirkung soll erhöht und die Effizienz der Verfolgungsbehörden verbessert werden. Neben diesen kopflastigen Ansätzen steht ganz klein die Prävention.

Ich meine, man sollte sich mehr auf Prävention stützen und dabei auch im Auge haben, dass Schwarzarbeit erst dadurch ermöglicht wird, dass gewisse Leute Schwarzarbeit anbieten

(Beifall bei der PDS)

und andere sie annehmen, weil sie keine andere Möglichkeit haben, eine Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt zu finden, ihren Unterhalt zu verdienen und ihre Familien zu versorgen.

(Dirk Niebel [F.D.P.]: Oder weil es sich mehr lohnt!)

Setzen Sie dort an! Schützen Sie die Arbeitnehmerrechte! Auch das ist eine Möglichkeit, der Schwarzarbeit zu begegnen. So kommen wir ein Stückchen weiter.

(Beifall bei der PDS)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Klaus Wiese­hügel.

Klaus Wiese­hügel (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin manchmal schon erstaunt, wenn ich Ihre Debattenbeiträge höre. Aber, Herr Niebel, das, was Sie eben über den Bundeskanzler gesagt haben, sollten Sie einmal nachlesen.

(Dirk Niebel [F.D.P.]: Das hat er selbst gesagt!)

– Ich meine das mit dem Pferdemetzger. Sie sollten einmal selbst lesen, was Sie da gesagt haben. Ich weiß zwar, dass Sie eine schlechte Kinderstube hatten. Das habe ich schon an vielen Ihrer Äußerungen bemerkt.

(Dirk Niebel [F.D.P.]: Beleidigen Sie jetzt nicht meine Mutter!)

Aber was Sie da gerade gesagt haben, entspricht nun wirklich nicht unserem Umgang miteinander. Das ist schon mehr als unterste Talsohle.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Zuruf von der SPD: Was anderes kann der nicht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, über die Schwarzarbeit ist auch in der Vergangenheit viel geredet worden. Es gibt einige Dinge, die unbestritten sind. Unbestritten ist, dass 15 Prozent des Bruttosozialprodukts – das ist ungefähr ein Siebtel – in diesem Bereich erwirtschaftet werden. Es ist immer schwierig, bei der Illegalität genaue Zahlen zu benennen, aber nach Studien summieren sich die **Erträge aus der Schwarzarbeit** und der Illegalität auf wahrscheinlich über 600 Milliarden DM. Diese Summe ist für sich genommen schon schlimm genug. Wenn man aber bedenkt, dass nur ungefähr 70 Prozent in den normalen Wirtschaftskreislauf zurückfließen, bleiben 100 Milliarden DM, die dem Staat an **Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen** entzogen werden. Wenn wir diese Summe im Haushalt zusätzlich zur Verfügung hätten, würde manch schwierige Debatte, die wir über das Sparen führen müssen, überflüssig. Von daher sollte man in diesem Bereich alle Anstrengungen unternehmen, um von diesen 100 Milliarden DM einen großen Teil wieder in die Legalität zu führen.

(Zustimmung bei der SPD)

Hinzu kommt, dass Schwarzarbeit zu ordnungspolitisch unerwünschten Wettbewerbsverzerrungen führt und sich bedrohlich auf die Seriosität und das öffentliche Ansehen ganzer Branchen auswirkt. Manche Branchen werden heute derart mit Illegalität und Schwarzarbeit in Verbindung gebracht, dass sie enorme Schwierigkeiten haben, sich öffentlich besser darzustellen.

Die **Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt** wurden bereits vielfach genannt. Auch ich möchte sie noch einmal sehr deutlich machen: Wir wissen, dass durch 100 000 illegal Beschäftigte 60 000 legale Arbeitsplätze verdrängt werden. Für diese 60 000 müssen wir nicht nur Transferleistungen bezahlen, sondern sie bedeuten auch einen Ver-

lust an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen in Höhe von 3,1 Milliarden DM. Dies ist insgesamt ein Bereich, in dem wir wirklich etwas tun müssen. Darin sind sich ja auch alle einig. (C)

Über die Begriffe Schwarzarbeit und Illegalität ist die Einigkeit allerdings nicht mehr ganz so groß. Wir haben ja die Kampagne der alten Bundesregierung erlebt. Ich kann mich sehr lebhaft an die Kampagne von Norbert Blüm gegen Schwarzarbeit erinnern. Er hat Schwarzarbeit nur als Arbeitnehmerschwarzarbeit darzustellen versucht. Er hat versucht, Handwerker und Arbeitnehmer dafür öffentlich an den Pranger zu stellen. Dass es aber einen viel größeren Anteil von unternehmerischer Schwarzarbeit und damit von **organisierter Kriminalität** gibt, ist bei Ihnen nie wirklich angekommen. Diese Erkenntnis ist damit auch nie Bestandteil Ihrer Politik gewesen. Deswegen konnten Sie auch nicht erfolgreich sein.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dirk Niebel [F.D.P.]

– Das stimmt wohl. Schauen Sie sich doch einmal die alten Kampagnen an, Herr Niebel! Ihre Partei war ja mit dafür verantwortlich.

(Dirk Niebel [F.D.P.]: Das müssen Sie als Gewerkschafter doch wissen, dass es nicht stimmt!)

– Hören Sie doch damit auf, immer von „Gewerkschafter“ zu sprechen!

(Birgit Schnieber-Jastram [CDU/CSU]: Das sind Sie doch!) (D)

Ich möchte einmal erleben, dass Sie bei einer Rede von Frau Wöhrl dazwischenrufen: Ach, eine Vertreterin des deutschen Handels! – Sie protestieren ja auch nicht, wenn Lobbyisten aus anderen Bereichen sprechen, Herr Niebel. Hören Sie also auf, von „Gewerkschafter“ zu sprechen!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dem vorliegenden Antrag der Regierungsfaktionen haben wir das Problem auf den Punkt gebracht und – diesmal ohne einseitige Schuldzuweisungen – in seiner ganzen Bandbreite als organisierte Kriminalität und unternehmerische Schwarzarbeit erfasst. Im Übrigen möchte ich feststellen: Wenn keine Handwerkerrechnung ausgestellt wird, weil die Mehrwertsteuer eingespart werden soll, dann gehört das für mich auch zur Schwarzarbeit und damit in den Bereich der Illegalität.

(Beifall bei der SPD und der PDS)

Man darf nicht sagen, dass das eine weniger schlimm ist als das andere. Man muss vielmehr die gesamte Bandbreite sehen. Dies tun wir mit unserem Antrag.

Es gibt vielfältige Vorschläge, wie man in diesem Bereich erfolgreich sein kann. Sie sind dem Antrag zu entnehmen. Die Regierung kann diese Vorschläge umsetzen. Entsprechende Gesetze sind dringend erforderlich, was die Praxis ganz deutlich zeigt.

Klaus Wiesehügel

- (A) Ich will einige wesentliche Punkte ansprechen. Wir brauchen Verbesserungen im Bereich der Abschreckung und des Vollzugs. Dabei geht es nicht nur um die Erhöhung des Strafrahmens oder um die Erhöhung der Bußgelder, sondern dazu gehört auch die Einbeziehung von Maßnahmen im Falle der Hinterziehung von Sozialabgaben. Wenn jemand Sozialabgaben nicht weiterleitet, dann ist das für mich genauso ein unredlicher und krimineller Akt wie Steuerhinterziehung. Dieser Tatbestand muss also auch berücksichtigt werden. Wir tun dies in unserem Antrag.

Auch die Effizienz der **Arbeit der Vollzugsbehörden** ist zu prüfen. Auch das ist im Antrag sehr deutlich dargestellt. Aus der Praxis weiß ich, dass wir zum Beispiel in Hamburg 13 und in anderen Gebietskörperschaften auch mindestens zehn verschiedene Behörden haben, die nebeneinander her kontrollieren. Der Gesetzgeber spricht lediglich davon, dass sie die Informationen austauschen sollen. Wenn also eine Behörde Missstände festgestellt hat, die nicht in ihre Kompetenz fallen, dann muss sie selbst entscheiden, ob sie der zuständigen Behörde Bescheid sagt oder nicht. Das führt in der Regel dazu, dass nicht Bescheid gesagt wird. Der Zustand, dass viele Missstände bei Kontrollen aufgedeckt werden, aber nicht an die zuständige Behörde weitergeleitet werden, muss beendet werden. Wir brauchen eine Verknüpfung der Kompetenzen. Die zuständigen Vollzugsbehörden müssen zur Zusammenarbeit verbindlich veranlasst werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

- (B) Wir müssen bestehende Gesetze wie das Arbeitnehmerentendengesetz integrieren; wir müssen die Zusammenarbeit der Behörden auch in dieser Frage besser koordinieren. Es kann ja nicht sein, dass ein Steuerbeamter, der ein Unternehmen prüft und der dabei eine illegale Beschäftigung feststellt, sich nicht zuständig fühlt – er denkt sich vielleicht: Es ist Freitag, 13 Uhr, jetzt müsste ich eigentlich noch einen Bericht schreiben und diesen den Kollegen in der zuständigen Behörde schicken; das muss ich aber nicht unbedingt tun – und dementsprechend die Information nicht weitergibt. Ich bin dem Beamten gar nicht böse, wenn er so denkt; denn der Bericht könnte ja umfangreich ausfallen und der Vorgesetzte könnte nachfragen. Wir müssen davon wegkommen, dass es auf Freiwilligkeit beruht, Verstöße gegen Gesetze den zuständigen Behörden zu melden. Wir müssen vielmehr dafür sorgen, dass dies verbindlich geschieht.

Einen weiteren Punkt halte ich ebenfalls für sehr wichtig. Hinsichtlich der Hinterziehung von Sozialversicherungsbeiträgen – ich habe diesen Punkt vorhin schon angesprochen – gibt es noch ein ganz besonderes Problem. Wenn sich Menschen, die hier illegal beschäftigt werden, dem Zugriff durch Flucht über die Grenze entziehen können, dann haben wir keine Chance mehr, sie zu belangen. Im Sozialversicherungsbereich gibt es nämlich nur ein entsprechendes Abkommen mit Österreich. Mit allen anderen Ländern wäre es aber durchaus möglich.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Herr Kollege, ich muss Sie darauf hinweisen, dass Sie Ihre Redezeit erheblich überzogen haben.

Klaus Wiesehügel (SPD): Ich komme sofort zum Schluss. – Diejenigen, die sich als Schlepper betätigen – ich will sie einmal als Lumpenpack bezeichnen –, sind durchaus in der Lage, über die Grenze zu entkommen. (C)

(Dr. Irmgard Schwaetzer [F.D.P.]: Das ist aber sehr menschenverachtend, von „Lumpenpack“ zu sprechen! Das ist unerträglich!)

Wir können ihrer dann nicht mehr habhaft werden.

Wir brauchen eine Ausweitung des dinglichen Arrestes. Das versetzt uns zumindest in die Lage, harte Maßnahmen zu ergreifen, damit diejenigen, die sich auf kriminelle Weise in unserem Land betätigen, zur Rechenschaft gezogen werden.

(Weitere Zurufe von der F.D.P.)

Es gäbe noch viel zu sagen, auch auf das, was Sie gerade völlig falsch einwerfen, aber meine Redezeit ist leider zu Ende. Ich hoffe, wir werden die Schwarzarbeit und die Illegalität erfolgreich bekämpfen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Ich schließe damit die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 14/5270 und 14/5245 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Einverstanden? – Dann verfahren wir so. (D)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 16 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Konzept für die zukünftige Finanzierung der Bundesverkehrswege

– Drucksache 14/5317 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (f)

Finanzausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Eduard Oswald.

Eduard Oswald (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Leistungsfähige Verkehrswege sind die Grundvoraussetzung für ein Verkehrssystem, das in der Lage sein muss, auch künftigen **Verkehrszuwachs** reibungslos, sicher und umweltschonend zu bewältigen. Ganz sicher sind wir gemeinsam der Meinung, dass die Qualität unseres Verkehrssystems auch

Eduard Oswald

- (A) in den kommenden Jahrzehnten ein maßgeblicher Faktor für Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum sein wird. Wir müssen jetzt die notwendigen Weichen stellen, damit Erhalt sowie Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur in unserem Land auch in der Zukunft auf einer ökonomisch und ökologisch tragfähigen Basis den steigenden **Mobilitätsansprüchen von Gesellschaft und Wirtschaft gerecht werden.**

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Gemeinsam wissen wir, dass sich die Haushaltsfinanzierung in mancherlei Hinsicht als investitionshemmend erwiesen hat. Mit dem vorgelegten **Bericht der Kommission „Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“** sind konkrete Empfehlungen für die künftige Finanzierung der Verkehrswege erarbeitet worden. Mein Dank gilt dem Vorsitzenden der Kommission, Dr. Wilhelm Pällmann, für seine Offenheit und seinen Mut zur Klarheit, die sich in dem in dieser schwierigen Situation unter seiner Verantwortung entstandenen Bericht widerspiegeln.

Nach unserer Auffassung sind die Empfehlungen der Kommission eine gute und geeignete Grundlage für die notwendigen weiteren Beratungen und für unsere gemeinsame Suche nach neuen, zukunftsorientierten Finanzierungsmöglichkeiten für die Bundesverkehrswege. Es geht natürlich nicht, dass man sich nur einzelne Punkte, die einem möglicherweise politisch gefallen, aus dem Bericht herausholt und diese dann realisiert, ohne das Gesamtpaket einer intensiven Diskussion zu unterziehen. Den Bericht nur als Argumentationshilfe für die Höhe der LKW-Maut zu nutzen, wäre der falsche Weg. Wir wollen erreichen, dass Sie auf der Grundlage des Berichtes ein Konzept für eine zukunftsorientierte Gestaltung der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen vorlegen.

- (B)

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen Sie doch einmal selber ein Konzept!)

Dies ist deswegen so notwendig, weil sich der Verkehr in erheblichem Maße anders entwickelt hat, als dies der Bundesverkehrswegeplan prognostiziert:

Erstens. Insbesondere die schnelle Entwicklung nach der Öffnung zu den mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten hat im Personen- und vor allem im Güterverkehr zu beträchtlichen Veränderungen gegenüber den bisherigen Voraussetzungen geführt.

Zweitens. Der Straßengüterverkehr hat überproportional zugenommen.

Drittens. Der Schienengüterverkehr liegt dagegen nur bei der Hälfte des vorausgesagten Wertes.

Aus der Erkenntnis, dass die Schiene weiter Anteile an die Straße verlieren wird, sind die verkehrs- und umweltpolitisch notwendigen Folgerungen zu ziehen. Für uns gilt unverändert, dass **Eisenbahnen und Binnenschifffahrt** in unserem Verkehrssystem auch zukünftig unverzichtbar sind. Sie müssen aber in Zukunft mehr als nur eine Ergänzungsfunktion erfüllen. Sie müssen ihre systemtypischen Stärken besser zur Geltung bringen und wir müssen sie dabei weiter in besonderer Weise unterstützen.

Wenn die Kommission betont, dass es nach ihrer Überzeugung nicht nur darum gehen kann, nach zusätzlichen Möglichkeiten der Mobilisierung privaten Kapitals für die Finanzierung der Bundesverkehrswege zu suchen, dann ist dies richtig. Die Kommission hat für die zukünftige Finanzierung der Bundesverkehrswege daher weitergehende Überlegungen angestellt. Dazu gehören erstens eine Umstellung auf Nutzerfinanzierung, zweitens die Anwendung des Verursacherprinzips, drittens die Ausgliederung der Bundesverkehrswege aus der Bundesverwaltung, viertens eine Überprüfung der Abgrenzung der Bundesverkehrswege, fünftens die Erweiterung der Möglichkeiten der Privatfinanzierung und sechstens die Beteiligung Dritter an der Finanzierung der Bundesverkehrswege. (C)

Weil wir in die Infrastruktur investieren müssen, müssen wir auch neue Wege gehen. Es geht um unseren Wirtschaftsstandort, es geht um Ökologie und es geht auch um unsere individuellen Bewegungsmöglichkeiten sowie um die Verkehrssicherheit. Wir fordern Sie also auf, ein Konzept vorzulegen. Dies ist Ihre Aufgabe, Herr Kollege Schmidt. Ihren Zwischenruf habe ich sehr wohl aufgenommen. Es ist Aufgabe der Regierung, nicht Aufgabe der Opposition, auf der Grundlage des Kommissionsberichts ein Konzept zu erstellen und diesem Hause vorzulegen. Das ist unsere unmissverständliche Forderung. Sie können sich hier nicht aus der Verantwortung herausstellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Dirk Fischer [Hamburg] [CDU/CSU]: Sonst müssen sie abdanken und die Verantwortung an den Wähler zurückgeben! – Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was wollen Sie denn? – Zurufe von der SPD und Gegenrufe von der CDU/CSU) (D)

– Es ist ja gut, wenn es jetzt ein bisschen lebhaft wird. Die Unruhe zeigt mir nur, dass Sie in einigen Punkten ein schlechtes Gewissen haben. Anders kann man diese Unruhe überhaupt nicht werten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Für ein solches Konzept gilt Folgendes:

Erstens. Die verkehrspolitischen Probleme in unserem Lande dulden keinen Aufschub.

Zweitens. Legen Sie Ihre Positionen auf den Tisch. Die Verkehrsinfrastruktur braucht den Aus- und Neubau und nicht Erklärungen.

Drittens. Treffen Sie Entscheidungen in der Frage der Trennung von Netz und Betrieb bei der Bahn.

Viertens. Sagen Sie den Speditionen, was auf sie zukommt, mit welcher Mauthöhe sie zu rechnen haben und wie die Kompensation aussieht. Schieben Sie dieses Thema nicht vor sich her.

Der Pällmann-Bericht ist eine große Chance, die Verkehrsinfrastruktur nach vorne zu bringen. Wir sind hier gern zur Zusammenarbeit bereit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Reinhard Weis.

Reinhard Weis (Stendal) (SPD): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein Antrag, der künftige Finanzierungskonzepte für Bundesverkehrswege verspricht, klingt auf jeden Fall interessant. Er klingt nicht nur nach viel Geld, sondern ist auch millionenschwer. Umso enttäuschender ist es, wenn der vorliegende Antrag der CDU/CSU diesem Anspruch nicht gerecht wird. Wir können in ihm nicht einen einzigen Anflug eines eigenen Gedankens erkennen, wohin ein solches künftiges Finanzierungskonzept nach Meinung der CDU/CSU-Fraktion gehen könnte.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist das Problem!)

Es gibt keinen Hinweis darauf, mit welchen Kriterien die CDU/CSU-Fraktion an die Prüfung eines solchen Konzeptes herangehen würde. Dabei gibt es dafür Stoff genug. Vor einem halben Jahr hat die **Pällmann-Kommission**, deren Bericht unser Ausschussvorsitzender eben vorgestellt hat, neue Vorschläge zur Finanzierung von Bundesverkehrswegen gemacht. Sie folgte damit einer Einladung unseres ehemaligen Bundesverkehrsministers Müntefering, der früh erkannt hatte, dass die vorige Bundesregierung im Verkehrshaushalt Schlaglöcher in Millionenhöhe – bei Löchern muss man eigentlich „Tiefe“ sagen – hinterlassen hatte,

(Klaus Hasenfratz [SPD]: Bombentrichter!)

(B) die aus normalen Haushaltsmitteln nicht zu stopfen sind.

Die Pällmann-Kommission hat nach erstaunlich kurzer Zeit mutige Vorschläge mit zum Teil auch spektakulären Auswirkungen gemacht. Diese Feststellung ist keine Kritik von mir; es ist das gute Recht einer jeden Expertenkommission, ja, es ist ihre Aufgabe, sich auch mit radikalen Vorschlägen zu Wort zu melden. Es ist aber auch das gute Recht und die Aufgabe der Politiker, eine sorgfältige Auswahl zu treffen, welche dieser Vorschläge weiterverfolgt werden sollen und können, welche sinnvoll umgesetzt werden können und welche eher als abwegig erscheinen. Der Antrag der CDU/CSU, der nichts von einer solchen Differenzierung enthält, ist als bloße Aufforderung zur Auswertung deshalb nach unserer Meinung ziemlich überflüssig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Eduard Oswald [CDU/CSU]: So einfach kann man es sich nicht machen!)

Es ist natürlich auch das gute Recht der Oppositionsparteien, in Sachen Vorschläge Blindenkuh zu spielen. So ein Antrag kostet nichts, man kann nichts falsch machen, das ist bequem und es lenkt davon ab, dass die Pällmann-Kommission den ehemaligen Regierungsparteien, der heutigen Opposition, nicht nur Freundlichkeiten ins Stammbuch geschrieben hat.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [F.D.P.]: Da bitte ich doch sehr zu differenzieren!)

Jedenfalls beschreibt die Pällmann-Kommission ausführlich die **Instandhaltungskrise** des Bundesverkehrswege-

netzes, die sich seit Beginn der 90er-Jahre mit jährlichen Unterhaltungsrückständen von 7,5 Milliarden DM aufgebaut hat und die Sie zu verantworten haben. (C)

(Horst Friedrich [Bayreuth] [F.D.P.]: Die Sie aber auch nicht geändert haben!)

– Hören Sie zu; ich komme auf diesen Einwand noch zu sprechen.

Aus der Vielzahl der Kommissionsvorschläge und den dortigen Bewertungen möchte ich im Folgenden beispielhaft einige herausgreifen.

Erstens möchte ich gleich auf Ihren Einwurf eingehen. Die Koalitionsparteien haben nämlich bereits Konsequenzen aus der geschilderten Instandhaltungskrise gezogen.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [F.D.P.]: Das sehe ich!)

Im laufenden Jahr, also 2001, werden wir die Rekordsumme von 10,8 Milliarden DM in das Straßennetz stecken, und zwar für die Schwerpunkte Engpassbeseitigung und Bestandserhaltung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zu einer solchen Leistung waren Sie nicht fähig. Wir machen das, ohne dabei die Schiene zu vernachlässigen. Zusätzlich gibt es in den nächsten drei Jahren 6 Milliarden DM für den Schienenausbau.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [F.D.P.]: Wem haben Sie denn das zu verdanken, Herr Weis?) (D)

Das leider heute reparaturanfällige **Schiennetz** wollen wir mit einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen an die Anforderungen des modernen Personen- und Güterverkehrs anpassen.

(Zuruf von der SPD: Davon konntet ihr nur träumen! – Horst Friedrich [Bayreuth] [F.D.P.]: Soweit ich mich erinnere, haben Sie die Privatisierung abgelehnt, aber die Erlöse kassieren Sie!)

Zweitens. Durch das starke Plädoyer von Pällmann für die möglichst rasche Einführung einer **entfernungsabhängigen LKW-Gebühr** fühlen wir uns kräftig unterstützt. Wir werden diese LKW-Maut pünktlich zum Jahr 2003 einführen und damit in der EU technologisches Neuland betreten. Eine ganze Reihe von Nachbarstaaten sind interessiert, sich an diesem System zu beteiligen.

Interessant ist nun die Herleitung der von der Pällmann-Kommission vorgeschlagenen Gebührenhöhe von 25 Pfennig pro Kilometer. Diese Höhe orientiert sich an den tatsächlichen Wegekosten und bleibt im gängigen europäischen Rahmen. Das muss aber nicht das letzte Wort sein, denn Sie wissen, dass für die EU-Genehmigung der Gebühr eine Wegekostenanalyse erarbeitet werden muss, die so von der Kommission nicht vorgelegt werden konnte. Wir warten gespannt auf die Ergebnisse dieser Analyse und die daraus abgeleitete tatsächliche Gebührenhöhe.

Reinhard Weis (Stendal)

- (A) Entnehmen Sie bitte diesen Sätzen, dass die Gebühr nicht politisch, sondern entsprechend EU-Recht durch die tatsächlichen Wegekosten bestimmt wird. Mehr ist bei allen Begehrlichkeiten, von denen hier und da zu hören ist, auch gar nicht genehmigungsfähig.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Wir werden aus dem Gebührenaufkommen dann zum Beispiel das **Anti-Stau-Programm** finanzieren. Wir werden Langsamfahrstrecken und Engpässe auf Autobahnen, Schienenwegen und Wasserstraßen beseitigen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Wann?)

– Für das Anti-Stau-Programm haben wir einen Terminplan vorgelegt. Diese Frage kann mit Jahreszahl beantwortet werden.

(Dirk Fischer [Hamburg] [CDU/CSU]: Aber kein Geld! ist Es ist doch kein Pfennig Geld da!)

Drittens. In einem anderen Punkt kann man der Pällmann-Kommission nur widersprechen. Eine Reservierung der LKW-Maut nur für Investitionen in die Straße ist nicht zwingend. Dies wäre zum Beispiel eine reichlich verkürzte Sicht von Güterverkehrspolitik.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [F.D.P.]: Also ist sie doch politisch!)

- (B) Wir wollen den Güterverkehr auf der Schiene von jetzt bis zum Jahre 2015 verdoppeln. Unser Ausschussvorsitzender hat die Erreichung dieses Ziels auch als notwendig beschrieben.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [F.D.P.]: Also ist die Gebühr doch politisch!)

Das geht nur, wenn wir auch mutig in das Schienennetz investieren. Generell gilt: Jede Tonne, die zusätzlich auf der Schiene transportiert wird, entlastet die Straße, und das kann ein effektiverer Mitteleinsatz sein.

Viertens. Auch dem Vorschlag einer **PKW-Maut** werden wir nicht folgen. Es hätte mich im Zusammenhang mit diesem Antrag der CDU/CSU-Fraktion schon interessiert, ob der Vorschlag der Landesregierungen von Baden-Württemberg und Bayern aus dem Jahr 1967,

(Zuruf von der SPD: Abkassieren!)

eine PKW-Maut einzuführen, nun durch die Feststellungen der Pällmann-Kommission in den Forderungskatalog der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Eingang gefunden hat. Ich denke, dass ist eine für die Öffentlichkeit interessante Frage.

(Zuruf von der SPD: Abkassieren wollen sie!)

Wir wollen das nicht. Aus dem Großversuch auf der A 555 wissen wir, dass eine elektronische Mauterhebung in jedem PKW zur Totalüberwachung eines jeden Autofahrers werden würde. Das lehnen wir ab.

Wir halten es auch für vernünftig, uns bei der Erhebung der Straßenbenutzungsgebühr auf den Hauptkostenverur-

sacher, nämlich den schweren LKW, zu konzentrieren. Insofern sehen wir auch die generelle Nutzerfinanzierung der Verkehrswege, wie von der Pällmann-Kommission vorgeschlagen, als problematisch an. Das Prinzip werden wir aber für den Hauptkostenverursacher übernehmen. (C)

Fünftens. Überhaupt sollte man die Vorstellung von der Nutzerfinanzierung aller Verkehrswege nicht überstrapazieren. Meines Erachtens ist zum Beispiel die Idee von der Privatisierung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen reichlich abenteuerlich. Hier sind wirklich Differenzierungen angesagt.

(Beifall bei der SPD)

Sechstens. Positiv bewerten wir die Vorschläge zur weiteren Anwendung des Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetzes. Dieses dürfte ein sinnvoller Weg sein, um gezielt zusätzliches Kapital außerhalb der Haushaltsfinanzierung zu mobilisieren.

Siebtens. Was die Bahnstruktur betrifft, so werden wir sehr sorgfältig prüfen, wie das **Verhältnis zwischen Schienennetz und -betrieb** zukunftsfähig gestaltet werden kann. Diese Entscheidung dürfen wir nicht übers Knie brechen. Es gibt bisher nur schlechte Beispiele für Versuche dieser Art. Wir haben die Bundesregierung aufgefordert, Chancen und Risiken unterschiedlicher Organisationsformen umfassend zu bewerten. Dabei werden natürlich auch die Vorschläge der Pällmann-Kommission einzubeziehen sein. Auf der Basis dieser Bewertungen werden wir als Parlament dann entscheiden müssen. Dieser Weg ist übrigens nicht spektakulär und neu, sondern schon durch die Bahnreform, die wir gemeinsam beschlossen haben, so vorgezeichnet. (D)

Ich fasse zusammen: Meines Erachtens müssen wir die Gemeinwohlverpflichtung sehr ernst nehmen. Das heißt, die Infrastrukturverantwortung für das gesamte Verkehrswegenetz muss bei den politisch Verantwortlichen bleiben. Dies ist die Voraussetzung für eine Infrastruktur aus einem Guss. Die Entscheidungen über die Struktur der Verkehrswege, über die Mittelverteilung, über den Ausbaustandard aller Verkehrswege und über regionale Schwerpunkte gehören in **staatliche Verantwortung**.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ansonsten werden wir unser Ziel, das integrierte Verkehrsnetz, in dem alle Verkehrsträger entsprechend ihren jeweiligen Vorzügen aufeinander bezogen sind, nicht erreichen.

Die Vorschläge der Pällmann-Kommission zur künftigen Finanzierung der Bundesverkehrswege sind ein außerordentlich interessanter Beitrag in der politischen Meinungsbildung. Ich freue mich schon auf die Diskussion mit dem Vorsitzenden der Kommission, der in der kommenden Woche Gast im Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sein wird. Es wird auch eine sehr spannende Aufgabe sein, in der parlamentarischen Arbeit zielstrebig Schlussfolgerungen und Konsequenzen zu ziehen.

Ich habe dargelegt, in welcher Richtung wir von vornherein für diese Vorschläge offen und bei welchen

Reinhard Weis (Stendal)

- (A) Akzenten wir eher skeptisch sind. Auf jeden Fall werden wir uns – dies hätten wir auch ohne Ihren Antrag getan – vorurteilsfrei mit den Aussagen der Kommission beschäftigen. Von dieser Stelle aus richte ich deshalb einen herzlichen Dank an die Kommission für ihre umfassende Arbeit und die Grundlagen, die sie uns dadurch gegeben hat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Horst Friedrich.

Horst Friedrich (Bayreuth) (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Weis, wenn ich Ihren Schlusssatz, dass Sie sich vorurteilsfrei mit dem befassen, was Herr Pällmann und seine Kommission vorgelegt haben, als Maßstab nehme und das Revue passieren lasse, was Sie in Ihrer Rede gesagt haben, dann stelle ich im Ergebnis fest, dass Sie sich mit Herrn Pällmann nur in der Höhe der entfernungsbezogenen Maut für LKW identifizieren. Alles andere haben Sie in Ihrer Rede eigentlich bereits im Vorfeld abgelehnt.

(Beifall bei der F.D.P. – Widerspruch bei der SPD)

- (B) Das Schlimme daran ist: Die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland hätte tatsächlich etwas Besseres verdient, nämlich dass man sich mit dem, was die Pällmann-Kommission vorschlägt, intensiv befasst.

(Dr. Karlheinz Gutmacher [F.D.P.]: So ist es!)

Dass die F.D.P. diejenige Fraktion ist, die mit diesen Vorschlägen die wenigsten Probleme hat, überrascht eigentlich niemanden.

(Zuruf von der SPD: Was habt Ihr denn
16 Jahre gemacht?)

Denn bereits vor Einsetzung der Pällmann-Kommission haben wir das angesprochen, was jetzt die Union in ihrem Antrag fordert.

Unser **Programm „Straßenbau statt Autostau“** beinhaltet im Wesentlichen genau die Elemente, die auch Pällmann für wichtig erachtet. Überraschenderweise ist es von Ihnen abgelehnt worden. – Sie wollten ja vorurteilsfrei prüfen! – Bezeichnenderweise hat auch die Union dieses Programm, das wir im Rahmen eines Antrages eingebracht haben, nicht mitgetragen. Dazu komme ich aber noch später.

In einem Land, in dem zwei Drittel des gesamten EU-Verkehrs stattfinden, in dem sich das Verkehrsaufkommen seit 1960 um 900 Prozent erhöht hat, während der Verkehrsinfrastrukturausbau lediglich um 50 Prozent zugenommen hat, sollte man eigentlich erkennen, dass die klassische Form der Haushaltsfinanzierung offensichtlich an Grenzen gestoßen ist.

(Dr. Karlheinz Gutmacher [F.D.P.]: Richtig!)

Die Segnungen einer zusätzlichen Finanzierung durch die Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen und durch Privatisierungen, die Sie eigentlich gar nicht mitgetragen haben und deren Erfolge Sie jetzt verwerten, (C)

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]: Das stimmt nicht! – Reinhard Weis [Stendal] [SPD]: Aber wir haben sie eingesetzt! Das dürfen Sie uns zugestehen!)

sind einmalig und können nicht auf Dauer eingerechnet werden. Ich bin gespannt, was in den Haushaltsansätzen des Jahres 2002, die keine **UMTS-Lizenz Erlöse** mehr enthalten, steht.

Eines, Herr Kollege Schmidt, ist absehbar: Die erste Rate von 2 Milliarden DM, die die Bahn erhält, ist in diesem Jahr wahrscheinlich nicht verwendbar. Es ist ein offenes Geheimnis, dass frühestens im Herbst dieses Jahres mit Ausschreibungen begonnen werden kann.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]: Deswegen haben wir ja die Mehrjährigkeit! – Zuruf von der SPD: Sie wissen, dass sie der Bahn erhalten bleiben!)

Schauen wir also einmal, wie es weitergeht.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]: Übertragbarkeit ins nächste Haushaltsjahr!)

Auch im letzten Jahr hat die Bahn 1,1 Milliarden DM nicht verbauen können. Ich bin auf die weitere Entwicklung gespannt. (D)

Als der Antrag mit der Überschrift „Konzept für die zukünftige Finanzierung der Bundesverkehrswege“ von der Union vorgelegt wurde, dachte ich, man könne dort erfahren, welche Vorstellungen die Union hat.

(Reinhard Weis [Stendal] [SPD]: Das haben
auch wir gedacht!)

Ich bin schon einigermaßen erstaunt, dass Sie lediglich darstellen, was Herr Pällmann vorgeschlagen hat, und die Bundesregierung auffordern, ein Konzept vorzulegen. Interessant wäre zu erfahren, welche Vorstellungen Sie selbst haben.

(Beifall des Abg. Albert Schmidt [Hitzhofen]
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn es hilft natürlich nicht, zu verlangen, es müsse sich etwas ändern, aber selbst nicht zu sagen, was man politisch mitträgt.

Wir sind da ein bisschen weiter. Wir haben Anträge zu den entscheidenden Verkehrsträgern vorgelegt. Wir tragen die Ergebnisse der Pällmann-Kommission mit.

(Dr. Karlheinz Gutmacher [F.D.P.]: Das muss
man sagen!)

Wir sind für eine tatsächliche **Umstellung der Finanzierung** – und das, Herr Kollege Weis, ohne dass die hoheitlichen Aufgaben dem Staat abgenommen werden. Wir wollen – auch das ist eine klare Aussage; das will ich hier wiederholen, damit das nicht untergeht – die Privatfinan-

Horst Friedrich (Bayreuth)

- (A) zierung nicht auf die jetzige Belastung der Autofahrer draufsetzen. Es muss zu einer Gesamtlösung kommen, mit der die bisherigen Belastungen reduziert werden und die Finanzierung umgestellt wird. Eine Lösung in der Form, dass diese Finanzierung zusätzlich auf den deutschen Autofahrer umgelegt wird, tragen wir nicht mit. Darüber müssen wir ernsthaft diskutieren.

(Beifall bei der F.D.P. – Reinhard Weis [Stendal] [SPD]: Das brauchen Sie auch nicht zu befürchten!)

Zum Abschluss möchte ich feststellen: Der Bericht der Kommission hat mehr verdient als lediglich das Führen einer Diskussion über das enge Fenster, wie eine LKW-Gebühr ausgestaltet sein kann und wie hoch sie sein müsste. In diesem Bericht sind sehr viele bedenkenswerte Ansätze enthalten, die wir gezwungenermaßen umsetzen sollten, wenn wir bei der Verkehrsinfrastruktur nicht andauernd den Entwicklungen hinterherlaufen wollen, sondern endlich auch einmal in der Lage sein wollen, vorausschauend zu planen. Dabei geht es selbstverständlich auch um das immer größer werdende Problem des Erhalts der Infrastruktur.

Insofern freue ich mich auf die offene Diskussion über den Bericht der Kommission. Ich bin allerdings gespannt, was die Union selbst nach dieser Diskussion politisch will und erklärt.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Zu jedem einzelnen Punkt werden wir Stellung nehmen! Wir werden sehen, wie es geht! Zeigt uns einmal, was die Regierung vorlegt!)

- (B) Das würde mich schon interessieren. Der vorliegende Antrag hilft uns in der jetzigen Situation nicht weiter.

Danke sehr.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Jetzt hat der Kollege Albert Schmidt das Wort.

Albert Schmidt (Hitzhofen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines vorweg: Die Koalition hat es nicht nötig, über Finanzkonzepte im Verkehrswegebau ausgerechnet von denen belehrt zu werden, die über Jahre die Verkehrsinvestitionen zusammengestrichen bzw. gekürzt haben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Eduard Oswald [CDU/CSU]: Falsch! – Dirk Fischer [Hamburg] [CDU/CSU]: Sie haben sie in den Keller gefahren!)

Ich kann es Ihnen als Einstieg nicht ersparen, einige Zahlen zu nennen:

Die **Investitionen im Straßenbau** betragen 1998 unter Waigel und Wissmann 8,5 Milliarden DM. Heute sind es 9,1 Milliarden DM und 2003, wenn das Anti-Stau-Programm greift, werden es 9,6 Milliarden DM sein. Das ist

eine Steigerung um 1,1 Milliarden DM innerhalb von vier Jahren. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dirk Fischer [Hamburg] [CDU/CSU]: Nachdem Sie sie erst in den Keller gefahren haben!)

Wenn Sie das nur ein einziges Mal geschafft hätten, hätten Sie sich die Finger geleck.

Die **Bahninvestitionen** betragen 1998, als wir die Regierung übernommen haben, nur noch 5,8 Milliarden DM. Heute sind es 8,8 Milliarden DM und im Jahr 2003, wenn das Anti-Stau-Programm greift, werden es 9,2 Milliarden DM, zusammen mit den Schieneninvestitionen nach dem GVFG sogar 9,7 Milliarden DM sein. Das heißt, wir haben innerhalb von drei Jahren die Schieneninvestitionen real um über 50 Prozent gesteigert. Davon konnten Sie nur träumen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wir haben mit dem Anti-Stau-Programm und mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm durchfinanzierte Infrastrukturprogramme aufgelegt, und dies – das ist der entscheidende Punkt – trotz Sparhaushalten, bei gleichzeitiger Steuersenkung und gleichzeitigem Schuldenabbau. Das ist der eigentliche qualitative Unterschied zwischen Ihrer und unserer Politik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Dennoch steckt hinter Ihrem Antrag ein ernstes Anliegen; das will ich gar nicht in Abrede stellen. (D)

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Na also! Allein der Satz hätte genügt!)

– Verehrter Herr Kollege Oswald, ich habe Ihren Antrag mit Interesse gelesen und darin gesucht, was die Union nun eigentlich will. Ich habe sogar auf der Rückseite nachgeschaut. Auf der Rückseite stand es auch nicht. Sie referieren nur, was wir alle schon im Bericht der Pällmann-Kommission lesen konnten. Wo steht denn eigentlich, was Sie wollen? Worauf wollen Sie hinaus? Es ist doch billig, nur das abzuschreiben, was Pällmann viel besser dargelegt hat. Ein bisschen Oppositionsseriosität wünsche ich mir schon.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Eduard Oswald [CDU/CSU]: Ihr macht es euch zu leicht! Ihr solltet eure Regierung zum Arbeiten schicken! – Lachen bei der SPD)

Der Kern Ihres Anliegens ist doch folgender – das müssen wir alle gemeinsam feststellen –: Erstens. Wir haben es mit erheblichen Investitionsrückständen, mit einem **Investitionsnachholbedarf** zu tun, und zwar insbesondere im Schienennetz. Ich glaube, das ist unstrittig. Zweitens gibt es unabweisbare **Sparzwänge** in allen öffentlichen Haushalten, von den kommunalen Haushalten bis zum Bundeshaushalt. Drittens haben wir zunehmend **höhere Kosten für die bloße Instandhaltung** von Verkehrswegen – das gilt gleichermaßen für Straße wie für Schiene –,

Albert Schmidt (Hitzhofen)

- (A) schon allein dadurch, dass wir große Verkehrsnetze haben und dass Kunstbauwerke wie Tunnel und Brücken allmählich in ein kritisches Alter kommen und sanierungsbedürftig werden. Das heißt, wir stehen vor der Situation, trotz der Verknappung öffentlicher Mittel den erhöhten Ansprüchen für die Unterhaltung von Verkehrswegen gerecht werden zu müssen. Vor diesem Hintergrund hat der Bundesverkehrsminister der Pällmann-Kommission den Auftrag erteilt, einmal zu prüfen, inwieweit andere Finanzierungsmodelle geeignet sind, dieses Dilemma aufzulösen.

Die Grundidee der Pällmann-Kommission ist doch, zumindest bei der Unterhaltung der Verkehrswege schrittweise von der Steuerfinanzierung auf eine **Nutzerfinanzierung** überzugehen. Dieser Kerngedanke ist richtig,

(Horst Friedrich [Bayreuth] [F.D.P.]: Bravo!)

und zwar deshalb – dazu bekennen wir uns im Gegensatz zu Ihnen, Herr Oswald – weil es ein verursachergerechter Ansatz ist. Wir werden ab 2003 die LKW-Maut entfernungs- und gewichtsbezogen einführen, um die verursachergerechte Anlastung der Wegekosten im Verhältnis 1:1 umzusetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Horst Friedrich [Bayreuth] [F.D.P.]: Ein mutiger Schritt!)

Das ist auch deshalb notwendig, weil wir faktisch schon eine Schienenmaut haben; denn schon heute wird für jeden Güterzug Kilometer für Kilometer ein Trassenpreis bezahlt. Diese Schieflage müssen wir beseitigen.

- (B) Zum Thema „LKW-Maut“ füge ich hinzu, dass wir Grünen davon ausgehen, dass in einem zweiten Schritt auch im nachgeordneten Straßennetz diese Gebührenpflicht bestehen muss;

(Horst Friedrich [Bayreuth] [F.D.P.]: Aha!)

denn wir wollen keine Verdrängung von der gebührenpflichtigen Autobahn auf die gebührenfreie Bundesstraße und Ortsdurchfahrt. Das kann letztlich nicht die Perspektive sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nun zur **PKW-Maut**. Auch um dieses Thema drücken Sie sich herum, Herr Kollege Oswald. Was ist denn mit der PKW-Maut? Wiesheu sagt es heute so, Waigel sagte früher etwas anderes. Was sagt Oswald?

(Zuruf von der SPD: Oswald schweigt!)

Die PKW-Maut ist nach Auffassung von Bündnis 90/Die Grünen vom Prinzip her ein richtiger Ansatz; aber es gibt aus unserer Sicht eine Reihe ungeklärter, offener Fragen: Die technische Funktionsfähigkeit eines solchen Systems ist aus unserer Sicht nicht ausreichend erprobt. Es gibt auch noch Datenschutzprobleme. Ich jedenfalls möchte nicht, dass Bewegungsprofile eines gläsernen Autofahrers erstellt werden, die nachher missbräuchlich genutzt werden könnten.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [F.D.P.]: Für LKW darf es erstellt werden, oder wie?)

Aber wenn irgendwann – nicht in nächster Zeit – eine Nutzerfinanzierung des Autobahnnetzes auch für PKW Platz greifen soll, dann geht das nach unserer Einschätzung nur unter zwei Bedingungen – beide Bedingungen hat übrigens auch die Pällmann-Kommission formuliert –:

Erstens. Die **Planungshoheit**, also die Entscheidungsgewalt darüber, wer wo Straßen baut und welche Straßen vorrangig zu realisieren sind, muss ebenso wie das Eigentum in öffentlicher Hand bleiben.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [F.D.P.]: Das ist doch unstrittig!)

– Da sind wir uns einig, wunderbar. – Das bedeutet, dass die Entscheidungsbefugnis über Aus- und Neubau von Straßen ebenso wie das Eigentum dauerhaft in öffentlicher Hand bleiben sollen.

Zweitens. Die **Gesamtbelastung für den Autofahrer** darf sich unterm Strich nicht erhöhen.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [F.D.P.]: Richtig! Bravo!)

Auch das hat die Pällmann-Kommission mit Recht festgehalten. Man müsste dann an anderer Stelle, etwa bei den Verkehrsteuern, nachgeben.

(Beifall des Abg. Günter Nooke [CDU/CSU] sowie des Abg. Horst Friedrich [Bayreuth] [F.D.P.]

Es darf unterm Strich zu keiner Mehrbelastung für den PKW-Fahrer kommen.

Das heißt, dass nach unserer Einschätzung das Zukunftsmodell ein Mischsystem aus öffentlicher Zuständigkeit und privater Refinanzierung in Bezug auf die Unterhaltung dieser Verkehrswege ist.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [F.D.P.]: Volle Zustimmung!)

Dies setzt eine klare Aufgabenverteilung voraus: Eigentümer, Aufgabenträger ist die öffentliche Hand. Sie hat auch die Planungshoheit. Die Infrastrukturgesellschaften könnten hingegen Aufgabenmanager sein, die die Infrastruktur unterhalten, bewirtschaften und Maßnahmen umsetzen.

Zu Ende gedacht, muss am Ende natürlich auch für die Schiene ein vergleichbares Modell kommen.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [F.D.P.]: Logisch! Trennung von Netz und Betrieb liegt auch schon vor!)

Es ist nicht notwendig, noch zusätzliche Gründe anzuführen. Natürlich ist auch bei der Bahn eine bilanzielle und unternehmerische Entflechtung von Netz und Betrieb in puncto diskriminierungsfreier Wettbewerb besser.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [F.D.P.]: Nicht nur finanziell, tatsächlich!)

Natürlich ist es auch besser für die Bilanz eines Unternehmens, wenn die öffentliche Infrastruktur nicht brutal dem Diktat der Eigenwirtschaftlichkeit unterworfen wird, was wir heute bei der Schiene faktisch tun, bei der Straße

Albert Schmidt (Hitzhofen)

- (A) aber nicht. Das kann nicht aufgehen. Diese Asymmetrie muss über kurz oder lang beseitigt werden.

Ich freue mich auf eine qualifizierte und lebhaftere Beratung der, wie ich finde, nicht nur höchst interessanten, sondern wegweisenden Vorschläge der Pällmann-Kommission. Wir sollten dieses Gutachten nicht in den Papierkorb werfen, sonst müssen wir es eines Tages mit den Zähnen wieder herausholen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Winfried Wolf.

Dr. Winfried Wolf (PDS): Werte Präsidentin! Werte Kolleginnen! Werte Kollegen! Ich glaube, man kann sagen, dass wir momentan einen Wettstreit darüber erleben, wie weiße Salbe in den parlamentarischen Betrieb eingebracht werden kann. Wir haben dies gestern Abend beim Thema Euro-Führerschein erlebt und erleben es heute bei dem Antrag für ein „Konzept für die zukünftige Finanzierung der Bundesverkehrswege“. Hier wird referiert, was die Pällmann-Kommission sagte. Wir werden aufgefordert, das zu tun, was sie sagt, was im Prinzip auch die Bundesregierung sagt, tun zu wollen. Wir können hier eine Art pikfeine Volksfront erreichen nach dem Motto: Alle sind einverstanden, aber nichts passiert.

- (B) (Horst Friedrich [Bayreuth] [F.D.P.]: Das kann man so nicht sagen!)

Ich glaube, dass wir tiefer ansetzen müssen, und zwar bei der Geschichte, bei den realen Kosten und bei dem Thema „Markt und Plan“.

Erstens zur **Geschichte**. Ich glaube, dass die einzelnen Verkehrsträger extrem ungleiche Ausgangsbedingungen haben. Die Eisenbahn hat zunächst 130 Jahre lang Gewinne gemacht. Verkehrswege und Betrieb waren dabei immer vereint und die Gewinne wurden abgeschöpft. In den letzten 40 Jahren hat die Bahn Verluste gemacht, wohingegen die anderen Verkehrsträger stark subventioniert wurden. Umgekehrt waren Straßen, Wasserwege und Flughäfen immer staatlich. Über 100 Jahre lang wurde dort immer hineingebuttert. Jetzt sind sie vielleicht unter ganz bestimmten Bedingungen gewinnbringend. Diese Unterschiede wären anzurechnen.

Zweitens zu den **realen Kosten**. CDU/CSU und die Pällmann-Kommission sagen, dass man auf eine Nutzerfinanzierung und auf das Verursacherprinzip umstellen soll. Die Frage ist nur, was dabei mit einbezogen wird. Dazu ein Zitat:

Als Faustregel für den Straßenfraß durch LKW gilt das Gesetz der vierten Potenz. Danach zerstört ein einziger LKW mit 40 Tonnen und zehn Rädern so viel Straßenbelag wie 163 840 vierrädrige Mittelklassewagen von je 1 Tonne Gewicht.

Cambridge University, 1990. – Ist dies sowie die Frage der Umweltzerstörung durch Flugverkehr konkret einge-

rechnet? Sind die 2 Milliarden DM an Steuersubventionen für den A 380 eingerechnet? (C)

(Horst Friedrich [Bayreuth] [F.D.P.]: Ach Gott!)

Drittens: **Markt und Plan**. Pällmann und die CDU/CSU sind der Auffassung, dass die Verkehrswege aus der Bundesverwaltung generell ausgegliedert werden und sich selbst finanzieren sollten. Das klingt gut. Die PDS ist grundsätzlich dafür. Aber: Soll dies ohne jede Vorgabe, ohne jede Planung und ohne jegliche Priorität stattfinden? Dabei frage ich mich: Was bedeutet das zum Beispiel in Bezug auf die Wasserwege? Der Rhein-Main-Donau-Kanal – Ihre wunderschöne Landschaft in Bayern, Herr Kollege Oswald – läuft sozusagen aus, wenn Sie ihn an die Börse bringen. Sie sagen, die Verkehrswege sollen sich selbst finanzieren. Aber wenn 95 Prozent des Rhein-Main-Donau-Kanals subventioniert werden, dann wissen wir, dass nur 5 Prozent durch den Verkehr gedeckt werden. Wollen wir das? Im Interesse der Freunde der Binnenschifffahrt im Parlament sage ich: Trotz dieser Kosten soll die Binnenschifffahrt insgesamt erhalten bleiben, weil sie zum größten Teil umweltfreundlich ist.

Zum Schluss: **Sozialismus**, ja oder nein? Ein bisschen Planung muss sein, bei Verkehrswegen sogar sehr viel Planung. Dies muss, Kollege Oswald, aus Verantwortung gegenüber folgenden Generationen, aus umweltpolitischer Sicht und für die Grundvorsorge geschehen. Ich bin für schwarzen Sozialismus, wie uns vorgestern der Tenor aus Bayreuth, der Kollege Friedrich, mit Blick auf den Interregio-Antrag von Bayern und Baden-Württemberg gesagt hat. Es kann sinnvoll sein, schwarzen Sozialismus anzuwenden, wenn „schwarz“ „konservativ“ meint, und zwar im ursprünglichen Sinne von „conservare“, naturerhaltend, und damit eine lebenswerte Umwelt erhaltend. (D)

Danke schön.

(Beifall bei der PDS – Horst Friedrich [Bayreuth] [F.D.P.]: Ich lege Wert darauf, dass ich von der Stimmlage her Bariton bin und nicht Tenor! Für einen Tenor habe ich nicht die Stimmlage!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Dirk Fischer.

Dirk Fischer (Hamburg) (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der deutsche Autofahrer steht im Stau. Der Bahnkunde wartet viel zu oft auf unpünktliche Züge. Tiefe Schlaglöcher und ein marodes Schienennetz bergen erhebliche Sicherheitsrisiken.

(Reinhard Weis [Stendal] [SPD]: Machen Sie doch unser Land nicht so schlecht, Herr Fischer!)

Im Luftverkehr werden die Kapazitäten knapp. Auf Deutschlands Rollfeldern droht der Kollaps. Auch der desolate Zustand unserer Kanäle, insbesondere in den neuen Bundesländern, ist besorgniserregend.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dirk Fischer (Hamburg)

- (A) Die Koalition versucht, statt als Regierung zu handeln, mit der Vergangenheit zu argumentieren und uns Vorwürfe zu machen.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben wir doch gar nicht!)

Das ist völlig unbegründet, weil Sie, gemessen am Haushalt 1998 und der mittelfristigen Finanzplanung des Finanzministers Waigel und des Verkehrsministers Wissmann, die Investitionen 1999 massiv – auch mittelfristig – zurückgefahren haben.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schmarren! Glatte Unwahrheit!)

Nachdem Sie die Mittel für den Straßenbau bei der mittelfristigen Finanzplanung um 5 Milliarden gekürzt haben, versuchen Sie jetzt den Trick, durch eine kleine Erhöhung prozentuale Zuwächse zu suggerieren, die es gar nicht gibt. Das Niveau ist gegenüber 1998 dramatisch abgefallen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Schmidt, ich habe Ihnen das Zahlenwerk schon drei- oder viermal vorgetragen.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann lesen Sie den Verkehrsbericht der Bundesregierung! Da steht es drin!)

- (B) Ich habe keine Lust, dies am Freitagmorgen ein weiteres Mal zu tun, um das, was ich eben gesagt habe, zu belegen. Das Niveau der Investitionen ist gesunken. Deswegen hat das Infrastruktursystem in Deutschland mit der jetzigen, rot-grünen Koalition qualitativ einen deutlichen Abstieg erfahren. Das muss man zur Kenntnis nehmen.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihr habt die Bahninvestitionen zusammengestrichen!)

Wenn Sie, Herr Schmidt, zu verantwortlichem Handeln unfähig sind, dann bedeutet dies in einer Demokratie: Wenn ich meine Aufgabe nicht richtig erfüllen kann, gebe ich das Mandat an den Wähler zurück. In dem Fall müssen dann andere her, die es besser machen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Lachen bei der SPD – Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das können Sie ja machen!)

Die Schwachstellen sind vielfältig. Die Behandlung dieser Probleme aber ist für unser Land und für Europa richtungsweisend. Deutschland und Europa brauchen eine leistungsfähige Infrastruktur;

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was will denn die Union außer mehr Geld?)

denn nur gut ausgebaute Verkehrswege, die eine gut vernetzte, zuverlässige und kostengünstige Mobilität von Personen und Gütern ermöglichen, stärken den Standort im internationalen Wettbewerb. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind Investitionen in die Wirtschaft

mit positiven Impulsen für den Arbeitsmarkt; denn wir wissen, dass jeder fünfte Arbeitsplatz direkt oder indirekt von der Verkehrswirtschaft in unserem Lande abhängig ist. (C)

(Reinhard Weis [Stendal] [SPD]: Das ist lauwarme Luft!)

Diese Bundesregierung stochert aber völlig orientierungslos im Nebel herum.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Woran wollt ihr euch denn orientieren?)

Der Beitrag vom Kollegen Schmidt hat dies deutlich gemacht.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Echt?)

Er hat nichts zur Zukunft, zu Konzeptionen, Entscheidungen oder Tatsachen gesagt,

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch, natürlich!)

sondern er hat im Grunde genommen eine wüste Anklagerede gehalten. Aber eine Regierungskonzeption war in keinem Satz Ihrer Ausführungen erkennbar.

(Beifall bei der CDU/CSU – Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist überhaupt nicht wahr!)

Herr Schmidt, statt ein schlüssiges Konzept zur Finanzierung der Bundesverkehrswege vorzulegen, verstrickt sich diese Bundesregierung in immer neuen Ankündigungen und Programmen, (D)

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind Haushaltsbeschlüsse, keine Ankündigungen!)

bei denen immerhin ein roter Faden zu erkennen ist: Nur einmal vorhandene Mittel werden Land und Leuten in immer veränderter Verpackung und Benennung als neue Investitionen verkauft.

(Zuruf von der SPD: Keine Ahnung!)

Das bedeutet, dass das gleiche Geld das eine Mal so und das andere Mal so zusammengepackt und mit anderen Überschriften versehen wird,

(Lachen und Widerspruch bei der SPD)

um den Leuten weiszumachen, es käme insgesamt mehr Geld. Es kommt aber nicht mehr Geld und das ist das Taurige an dieser Strategie.

(Zuruf von der SPD: Das ist das Falsche an Ihrer Aussage!)

Ihre Strategie setzt nicht auf Sachleistung, sondern auf Propaganda.

(Beifall bei der CDU/CSU – Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bisher haben Sie nur Propaganda geliefert! Keine wesentlichen Fakten! Keine Zahlen! Keine Zukunftsideen! Nichts!)

Dirk Fischer (Hamburg)

- (A) Deswegen ist diese Regierung Schröder nur dabei, ihre verantwortungslosen Kürzungen bei den Investitionen geschickt zu verschleiern. Aber eine solche Politik richtet sich selbst.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein Drama!)

Es ist Deutschland und Europa eigentlich nur zu wünschen, dass dieses sehr bald geschieht, damit wir im Niveau nicht immer weiter zurückfallen. Denn hinterher wird der Aufholprozess für die künftig Verantwortlichen umso schwieriger zu bewältigen sein.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hinter das Niveau Ihrer Rede kann man gar nicht zurückfallen!)

Wann begreift Rot-Grün, dass nur nachhaltige Lösungen dem Problem Rechnung tragen können?

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Wort Niveau würde ich an Ihrer Stelle nicht in den Mund nehmen!)

Wir fordern die Bundesregierung auf, den Bundesverkehrswegeplan zügig zu überarbeiten – das steht doch auch in der Koalitionsvereinbarung – und die Fortschreibung mit den entsprechenden Gesetzesänderungen für den notwendigen Ausbau von Straße und Schiene uns jetzt endlich auf den Tisch zu legen. Die bisherigen gesetzlichen Grundlagen sind im Jahre 2000 ausgelaufen; entgegen dem gesetzlichen Auftrag schreibt diese Regierung das nicht fort und legt dem Parlament das nicht pünktlich vor. Das ist ein übles, gesetzwidriges Verhalten dieser Bundesregierung.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Gesetzgeber muss noch in dieser Wahlperiode Gelegenheit haben, den Menschen im Lande im Hinblick auf die Wahl 2002 deutlich zu sagen, was Sache ist. Sie wollen sich aber daran vorbeimogeln.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn Sache? Ich höre! Was ist mit PKW-Maut?)

Nach dem Motto „Immer davon reden, nie daran denken!“ wollen Sie die Fantasie der Leute beflügeln, legen dem Parlament aber nichts vor, sodass der Wähler auch keine demokratische Kontrolle ausüben kann. Das ist Ihr Umgang mit den wahlberechtigten Bürgern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Blabla! Blabla!)

Meine Damen und Herren, Sie müssen das frühzeitig tun. Das Parlament braucht für die Behandlung von etwa 7 500 Einzelprojekten eine ausreichende Beratungszeit, die nach früheren Erfahrungen mehrere Monate beträgt. Die Länder brauchen Klarheit für ihre Projekte im Bundesfernstraßenbau. Die Bahn braucht einen gesicherten Planungsrahmen,

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hat sie ja bekommen!)

und zwar etwa bis 2015. Der Luftverkehr muss in den Bundesverkehrswegeplan einbezogen werden, um die Kapazitäten der dynamischen Entwicklung am Luftverkehrsmarkt besser anpassen zu können. Wir haben im Bereich des Luftverkehrs in den nächsten 10 bis 15 Jahren ein prognostiziertes Wachstum von etwa 5 bis 6 Prozent jährlich. Das ist eine gewaltige Steigerung und damit eine Herausforderung.

(Zuruf von der F.D.P.: 10 Millionen DM jedes Jahr!)

Auch für die Binnenschifffahrt ist eine aktuelle objektive Bedarfsermittlung wichtig, um Strukturengpässe in diesem Sektor beseitigen und den Gütertransport von anderen Verkehrsträgern auf die Wasserstraße verlagern zu können.

Unser Verkehrssystem muss für die Anforderungen des 21. Jahrhunderts ertüchtigt werden. Ohne eine zielführende Engpassbeseitigung zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind künftige Verkehrszuwächse unbeherrschbar. Die Verweigerung zukunftsorientierter Investitionen behindert das Wirtschaftswachstum und vernichtet Arbeitsplätze. Der Wohlstand der Menschen wird gefährdet. Der ökonomisch und ökologisch ausgewogene Neu- und Ausbau der Bundesfernstraßen ist dringend geboten.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Heiße Luft!)

In der Zukunft ist die Mineralölsteuer teilweise, die elektronische, nutzungsabhängige LKW-Maut vollständig zweckgebunden für den Straßenbau aufzuwenden. Die Leistungsfähigkeit der Schienenwege sichern heißt in Wahrheit, Personennah-, Personenfern- und Güterverkehr zumindest in den Ballungsräumen und auf hoch belasteten Strecken zu entmischen. Das sind Investitionen, die getätigt werden müssen.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Längst beschlossen!)

Die Wachstumsbranche Luftverkehr verlangt zu Recht, die Qualität deutscher Flughäfen den internationalen Erfordernissen zeitnah anzupassen und Kapazitätsengpässe abzubauen. Die Experten sagen, dass wir in den nächsten zehn Jahren in Deutschland vier interkontinentale Start- und Landebahnen brauchen, um dem Wachstum im Luftverkehr entsprechen und gerecht werden zu können.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dazu hat der Bund überhaupt nicht die Kompetenz! Das wird in den Ländern entschieden!)

Damit die Binnenschifffahrt mehr als nur eine Ergänzungsfunktion erfüllen kann, müssen das bestehende Wasserstraßennetz saniert und die Ost-West-Verbindung sowie die Binnenhäfen ausgebaut werden.

Zur Bewältigung dieser finanziellen Herausforderungen, die man sich einmal verdeutlichen muss, sind die konkreten Empfehlungen der **Pällmann-Kommission** eine solide und hilfreiche Beratungsgrundlage. Wir werden das in der nächsten Woche anpacken und die Regierung zwingen, Ross und Reiter zu nennen, sich zu den

(C)

(D)

Dirk Fischer (Hamburg)

- (A) Notwendigkeiten zu bekennen und nicht nur mit solchen Berichten zu spielen. Sie sollte sie nutzen und ihre Erkenntnisse sinnvoll umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Eduard Oswald [CDU/CSU]: Nicht ablenken, die Opposition fragen, sondern selber etwas vorlegen!)

Die speziellen Lösungskonzepte der Kommission für die Bundesfernstraßen, die Bundesschienenwege und die Bundeswasserstraßen entsprechen in vielen grundsätzlichen Punkten unseren Überzeugungen und unseren früheren Forderungen. Dies betrifft zum Beispiel die Gründung von Finanzierungs- und Managementgesellschaften für die Verkehrswege. Die Ausgliederung der DB Netz AG aus der DB Holding AG – Kollege Horst Friedrich hat dies in einem Zwischenruf angesprochen – bedeutet eine Veralterung des Netzes und die Überführung in staatliche Verantwortung. Das ist eine Voraussetzung für einen ungehinderten Wettbewerb im Schienenverkehr. Ich will an dieser Stelle sagen: Wenn der Wechsel von Herrn Vogel zu Herrn Frenzel im Vorsitz des Aufsichtsrates der DB AG die Absage der DB AG und des Bundesministers Bodewig – entgegen seinem Bekenntnis im Plenum – an eine Trennung von Netz und Betrieb bedeutet, dann werden Sie mit Ihrer **Schieneverkehrspolitik** nachhaltig scheitern.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Quatsch!)

- (B) Ich sage Ihnen voraus: Es wird in der Zukunft keine Börsenfähigkeit der DB Holding AG, zu der noch die Netz AG gehört, geben. Dies wird nach meiner Überzeugung völlig unmöglich sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lassen Sie doch den Mann erst mal anfangen! – Zuruf von der SPD: Sie sind ein richtig schwarzer Prophet heute!)

Die Erhebung streckenbezogener und belastungsabhängiger Gebühren für den LKW-Verkehr und die erweiterte Privatfinanzierung sind ergebnisorientierte Ansätze und als solche zu begrüßen. Wir fordern die Bundesregierung mit unserem Antrag auf, umgehend auf der Grundlage des Berichtes der Pällmann-Kommission ein brauchbares langfristiges Konzept für die Finanzierung der Bundesverkehrswege vorzulegen.

Die Tatsache, dass Bundesverkehrsminister Bodewig nicht da ist, obwohl es seiner Pflicht als Bundestagsabgeordneter und Fachminister entsprechen würde, ist nach unserer Auffassung ein Beweis dafür, dass er mit dem Thema und mit dem Parlament ausgesprochen desinteressiert und lax umgeht. Wir werden das als Opposition bei jeder sich bietenden Gelegenheit nachhaltig kritisieren. So behandelt man das Parlament nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU – Iris Gleicke [SPD]: Das ist doch Unsinn!)

Ihre Zustimmung zu unserem Antrag wäre ein Bekenntnis zu einem qualifizierten und qualitativ hochwertigen Verkehrssystem, und damit zu wirtschaftlichem

Wachstum und dauerhaftem Wohlstand in Deutschland und Europa. (C)

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und in der ganzen Welt!)

Deshalb müssen Sie zustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Jetzt erhält der Abgeordnete Klaus Hasenfratz das Wort.

Klaus Hasenfratz (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon erstaunlich, wie man in einer solchen Lautstärke so viel Unsinn erzählen kann. Dazu gehört sicherlich viel Mut.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte eines deutlich machen, um einer Legendenbildung vorzubeugen: Sie sagen, wir hätten den **Verkehrshaushalt** heruntergefahren. Ich nehme einfach mal die alte Gleichung Ihres ehemaligen Bundesministers Dr. Norbert Blüm, der gefragt hat: Sind 8,7 Milliarden DM für die Schiene mehr als 6 Milliarden DM? Man braucht nicht lange nachzurechnen.

Sie haben den Schienenhaushalt in Ihrer Zeit auf knapp 6 Milliarden DM heruntergefahren.

(Dirk Fischer [Hamburg] [CDU/CSU]: Das ist falsch! Die Genehmigung zur Darlehensaufnahme verschweigen Sie!)

Wir fahren ihn jetzt kontinuierlich Jahr für Jahr auf insgesamt 8,7 Milliarden DM hoch. Ich weiß nicht, wo Sie in diesem Konzept Luftbuchungen festgestellt haben wollen. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen einmal die Konzepte lesen und sich die Planungen vergegenwärtigen.

Wir fahren den Straßenhaushalt auf den höchsten Stand der letzten zehn Jahre hoch. Davon konnten Sie doch nur träumen. Wir haben mit dem Anti-Stau-Programm ein Konzept vorgelegt, das Planungssicherheit gibt. Wir haben daneben das Investitionsprogramm und das ZIP vorgelegt. Ich weiß nicht, warum Sie diese Konzepte nicht lesen.

(Dirk Fischer [Hamburg] [CDU/CSU]: Alter Wein in neuen Schläuchen!)

Sie stellen sich hin und spucken Rotz und Galle, ohne überhaupt – wie Sie das im Ausschuss immer ankündigen – eine Vorlage zu haben. Ich weiß nicht, woher Sie den Mut dazu nehmen. Das nimmt Ihnen doch kein Mensch mehr ab.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben während Ihrer Regierungszeit Luftbuchungen in den **Bundesverkehrswegeplan** eingestellt.

(Dirk Fischer [Hamburg] [CDU/CSU]: Überhaupt nicht!)

Jeder Sachverständige wird Ihnen dokumentarisch belegen können, dass der Bundesverkehrswegeplan – – Aber

Klaus Hasenfratz

- (A) ich kenne ja Ihre Antwort schon: Der Bundesverkehrswegeplan ist kein Investitionsplan.

(Dirk Fischer [Hamburg] [CDU/CSU]: Nennen Sie mir einen Sachverständigen!)

Aber in Ihrer Planung fehlten 80 Milliarden bis 120 Milliarden DM, um die entsprechenden Projekte zu finanzieren.

(Dirk Fischer [Hamburg] [CDU/CSU]: Der Bundesverkehrswegeplan ist ein Bedarfsplan, Herr Kollege!)

Wenn jemand angesichts dieser Planung von Seriosität, Planungssicherheit und Zukunftssicherheit spricht, dann weiß ich nicht, auf welchem Stern der lebt.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer im Glashaus sitzt!)

Herr Fischer, wir haben ein Programm vorgelegt, das der Bauwirtschaft, insbesondere der Straßenbauwirtschaft, den Ländern und den Kommunen für die Zukunft Planungssicherheit auf sehr hohem Niveau gibt. Davon können Sie nur träumen. Sie werden sich noch wundern, welche Investitionen die Bundesregierung für die Verkehrswege noch möglich machen wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Ich schließe die Aussprache.

- (B) Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 14/5317 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 17 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Rainer Brüderle, Marita Sehn, Ina Albowitz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.

Steuerrecht vereinfachen – Schaumweinsteuer abschaffen

– Drucksache 14/5337 –

Überweisungsvorschlag:
Finanzausschuss (f)
Rechtsausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Ausschuss für Tourismus

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen, wobei die F.D.P. fünf Minuten erhalten soll. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Als Erste hat die Abgeordnete Marita Sehn das Wort.

Marita Sehn (F.D.P.): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die marinen Großmachtsträume sind ausgeträumt. Die preußische Monarchie gibt es nicht

mehr. Nur die **Sektsteuer** hat überlebt. Diese Steuer ist für uns ein Musterbeispiel für die Überlebensfähigkeit von Steuern. Unterstellt man einmal der Bundesregierung, dass sie keine Flottenpolitik mehr betreiben möchte, dann fragt sich doch jeder: Warum gibt es diese Steuer noch? Haben Sie eine Antwort darauf? (C)

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich finde es sehr interessant, dass eine Regierung, die sich mit dem Pazifismus schmückt, bei ihrer Mittelbeschaffung gerne auf die Relikte des preußischen Militarismus zurückgreift. Aber wie heißt es doch so schön: Zuerst kommt das Fressen und dann die Moral!

(Horst Schild [SPD]: Das Saufen!)

Was, bitte schön, bezwecken Sie mit der Sektsteuer? Wollen Sie die Leute vom Sektkonsum abhalten, oder was? – Ich denke, wir alle kennen die Antwort. Wir haben die Sektsteuer,

(Gustav Herzog [SPD]: Die ihr von 1969 bis 1998 nicht abgeschafft habt!)

– Herr Herzog, weil es sie nun einmal gibt und weil sie so einen schönen, stetigen Finanzfluss in die chronisch klammen Kassen von Herrn Eichel bewirkt. Rund 1 Milliarde DM, Herr Herzog, sind ja auch alles andere als ein Pappentiel. Darüber sind wir uns einig. Aber reicht dies denn wirklich, um die Existenz dieser Steuer zu rechtfertigen? Die Antwort der F.D.P. lautet: Nein! Der Staat sollte den Mut haben, eine Steuer, die sich historisch überlebt hat und keinerlei Lenkungsfunction mehr erfüllt, abzuschaffen. (D)

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der PDS)

Die F.D.P. hat diese Entwicklung schon immer kritisch beobachtet: Da werden Steuern eingeführt und später, wenn sie sich historisch längst überlebt haben, beibehalten. Man braucht ja schließlich das Geld. Der **Solidaritätsbeitrag** droht in diesem Sinne zur Sektsteuer der Zukunft zu werden. Warum auch abschaffen, wo der Rubel doch so schön rollt? Aber darf ein demokratischer Staat auf solche fragwürdigen Finanzierungstricks zurückgreifen? Die F.D.P. hat schon frühzeitig eine kritische Diskussion über den Sinn des Solidaritätsbeitrags gefordert. Wir werden auch in Zukunft genauestens darauf achten, dass Steuern und Abgaben nur dort erhoben werden, wo es auch Sinn macht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Die Bundesregierung rühmt sich ihrer Steuerreform als großen Schritt. Aber warum hat sie denn nicht mit den ganzen steuerpolitischen Anachronismen aufgeräumt? Eine Steuerreform, die diesen Namen wirklich verdient, hätte mit diesen Relikten aus der Zeit deutscher Großmachtsträume aufgeräumt. Die F.D.P. hat sich schon immer für eine Vereinfachung unseres **Steuersystems** eingesetzt. Es geht uns bei unserem Antrag auf Abschaffung der Sektsteuer deshalb nicht nur darum, eine überflüssige Steuer zu beseitigen. Es geht uns um mehr: Wir Liberalen sind für Steuerehrlichkeit und für steuerliche Transparenz. Nur ein transparentes und einfaches Steuersystem wird als

Marita Sehn

- (A) gerecht empfunden. Die Abschaffung einer Steuerart wie der Sektsteuer ist dazu ein – wenn auch kleiner – Beitrag.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Staat muss viele Aufgaben übernehmen. Dafür braucht er entsprechende Finanzmittel. Diese muss er sich beschaffen. Aber die Beschaffung der Finanzmittel muss für die Bürger nachvollziehbar sein. Der Staat darf sich der Kontrolle durch die Bürger nicht entziehen. Eine Finanzbeschaffung nach dem Motto „Ein bisschen hier, ein bisschen dort und hoffentlich merkt es keiner“ ist demokratiefeindlich und unwürdig. Mit welchem Recht fordert der Finanzminister eine Steuermoral bei unseren Bürgerinnen und Bürgern ein, wenn er sich gleichzeitig gegen den Blick in seine Kassenbücher wehrt?

Machen wir uns nichts vor: Steuern werden immer als lästig empfunden. Umso wichtiger ist es deshalb, dass der Bürger auch weiß, wofür er an welcher Stelle Steuern bezahlen muss.

Die Abschaffung der Sektsteuer wäre immerhin ein erstes Signal an die Bürgerinnen und Bürger, dass der Staat auch seine Finanzierung kritisch hinterfragt und bereit ist, auf steuerliche Anachronismen zu verzichten. Wir Liberalen fordern, dass alle Steuern und Abgaben regelmäßig auf den Prüfstand müssen; denn nur ein offener und ehrlicher Staat darf auch von seinen Bürgern Ehrlichkeit und Offenheit erwarten.

Danke.

- (B) (Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Horst Schild.

Horst Schild (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu dieser Gelegenheit hätte sich vielleicht auch ein Gläschen Schaumwein angeboten.

(Marita Sehn [F.D.P.]: Das wäre keine schlechte Idee gewesen! – Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Es ist Fastenzeit!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Die Zeiten sind vorbei, Herr Abgeordneter.

Horst Schild (SPD): Die Karnevalszeit ist leider vorbei, Kollege Seiffert. Aber ich habe schon den Eindruck, dass wir das Thema nicht losgelöst vom Landtagswahlkampf in Rheinland-Pfalz behandeln können.

(Marita Sehn [F.D.P.]: Doch!)

Die F.D.P. hat festgestellt, dass es die kaiserliche Flotte nicht mehr gibt.

(Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Da wollen Sie doch nicht widersprechen!)

Dafür haben Sie lange gebraucht; denn es gibt sie bekanntlich schon seit einigen Jahren nicht mehr. Wenn Sie dieses Thema für so bedeutsam halten, hätte es sich si-

cherlich angeboten, dass Sie über dieses Thema bereits während der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung einmal ernsthaft nachgedacht hätten. Stattdessen haben Sie auf die Oppositionszeit gewartet, um all das zu fordern, wozu Sie in der Regierungsverantwortung nicht bereit waren.

(Marita Sehn [F.D.P.]: Alles zu seiner Zeit!)

– Sie hören das nicht gerne. Aber es stellt sich doch für jeden Betrachter die Frage, wieso man, wenn die Abschaffung der kaiserlichen Marine der Grund dafür ist, dass man heute die Abschaffung der Schaumweinsteuer für geboten hält, nicht eher auf den Trichter kam.

(Zuruf von der F.D.P.: Das ist ein Symbol zur Steuerabschaffung!)

Was im Übrigen die Historie von Steuern anlangt, so gibt es ja dieses Bändchen „Unsere Steuern“, das Theo Waigel wohl letztmalig herausgegeben hat. Das ist eine interessante Quelle. Er hat nämlich verheimlicht, dass es da einen Zusammenhang gibt. Er hat schlichtweg gesagt, das sei 1902 als Banderolensteuer eingeführt worden. Vielleicht haben Sie deswegen nicht wahrgenommen, dass das etwas mit der kaiserlichen Marine zu tun hat.

Wie gesagt, die närrische Zeit ist vorbei. Der Antrag hätte besser in diese Zeit gepasst.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Marita Sehn [F.D.P.]: Das ist schon sehr ernst gemeint!)

Aber vielleicht haben Sie dabei auch den heimlichen Ganzjahreskarnevalisten im Auge.

- (D)

Ich stelle mir vor, Sie hätten das in Ihrer Regierungszeit gemacht – das wäre auch viel amüsanter gewesen – und der damalige Kollege Kleinert hätte die Chance gehabt, diesen Antrag vor dem Hohen Hause zu begründen.

(Beifall bei der SPD – Rolf Kutzmutz [PDS]: Das wäre aber lustig gewesen!)

Ich denke, da hätten wir alle an diesem Antrag auf Abschaffung der Schaumweinsteuer großen Spaß gehabt. Aber auf eines hätte der Kollege Kleinert sicherlich auch großen Wert gelegt, nämlich dass diese Forderung dann auch mit der Forderung nach Abschaffung der **Biersteuer** verbunden worden wäre. Diese Konsequenz geht Ihrem Antrag ab. Nur Sekttrinker zu fördern ist natürlich eine grobe Missachtung und Diskriminierung der Biertrinker in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Marita Sehn [F.D.P.]: Sie haben nicht verstanden, um was es uns wirklich geht!)

– Doch, das haben wir schon verstanden. Deswegen stelle ich mich ungefähr auf das ein, was ernsthafterweise dahinter steckt. Vor einer Abschaffung der Biersteuer schrecken Sie möglicherweise deshalb zurück, weil sich bereits im 15. Jahrhundert – auch das ist der Broschüre „Unsere Steuern“ zu entnehmen – die Landesfürsten der Biersteuer bemächtigt haben. Landesfürsten gibt es bekanntlich heute noch.

Horst Schild

- (A) Man könnte auch überlegen, ob vielleicht auch ein tieferer gesundheitspolitischer Gesichtspunkt dahinter steht.

(Marita Sehn [F.D.P.]: Ach, Herr Schild, Sie sind im Finanzausschuss!)

– Ich sage nur einmal eines: Wo sind denn eigentlich die Finanzpolitiker Ihrer Fraktion? Ich habe sie bei den in Ihrem Antrag aufgeführten Namen vermisst.

(Zuruf von der PDS: Im Restaurant!)

– Das war ein anderer Abgeordneter, der diesem Hause mittlerweile nicht mehr angehört.

Der Hintergrund dieses Antrags könnte gesundheitspolitischer Art sein; Sie kennen vielleicht den so genannten Snobeffekt. Wenn man diesen Effekt zugrunde legen würde, dann würde das bedeuten, dass die Senkung der Sektpreise dazu führt, dass der Sektverbrauch zurückgeht.

(Dr. Klaus Grehn [PDS]: Darauf trinken wir einen!)

Die Abschaffung der Schaumweinsteuer wäre dann in der Tat ein Akt, sich um die Volksgesundheit verdient zu machen.

Um noch ein bisschen ernster zu werden:

(Zuruf von der PDS: Noch ernster?)

Der Kollege Thiele – er ist im Moment nicht anwesend; er hat den Antrag auch nicht unterschrieben –

(Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Wir kennen ihn alle!)

- (B) – ja, Sie kennen ihn, Herr Seiffert – hat in der letzten Sitzung des Finanzausschusses die Konsolidierung des Bundeshaushaltes durch die Politik des Bundesministers Eichel begrüßt. Wenn das die Auffassung Ihrer Fraktion ist, dann hätten Sie in den Antrag vielleicht einmal ein paar Worte zur Gegenfinanzierung hineinschreiben können. Es geht um Steuerausfälle durch die Abschaffung der Schaumweinsteuer. Würde man auch die Biersteuer abschaffen, dann käme es zu Ausfällen bei der Umsatzsteuer.

Sie sollten sich in Ihrer Hoffnung nicht entmutigen lassen, eines Tages wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen. Sie werden feststellen, dass wir zwar keine kaiserliche Marine mehr haben,

(Marita Sehn [F.D.P.]: Das wissen wir aber schon länger!)

wohl aber eine Bundesmarine, deren chronische Unterfinanzierung Sie in den letzten Tagen vehement beklagt haben.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gerhard Schüßler [F.D.P.]: Das war zwar unterhaltend, aber mehr auch nicht! – Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Ein bisschen mehr Szenenapplaus wäre angebracht!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Jetzt hat der Abgeordnete Norbert Schindler zehneinhalb Minuten Gelegenheit, zu diesem Thema zu sprechen.

Norbert Schindler (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Besuchertribüne dieses Plenarsaals! Die Sektsteuer – ein Relikt von 1902 – gehört abgeschafft. Das muss man einfach nüchtern feststellen. Frau Staatssekretärin Hendricks kann bestätigen, dass ich mich in Briefen vom Mai 1999 und vom Mai 2000 vehement dafür eingesetzt habe, dieses Relikt endlich aus der Steuergesetzgebung zu entfernen. Ein erster Schritt, Steuervereinfachungen vorzunehmen, war, dass die alte Koalition 1992/1993 die Abschaffung der Zuckersteuer, der Teesteuer, der Leuchtmittelsteuer – Lichtsteuer, Fensterbeleuchtung und alles, was damit zusammenhängt – und der berühmten alten Salzsteuer auf den Weg gebracht hat.

(Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Bringe uns jetzt nicht auf neue Ideen!)

Deswegen ist diese Idee der F.D.P. nicht neu. Die SPD hätte diese Idee vielleicht gerne vorgetragen, auch wenn sie sie aus den verschiedensten Gründen zurückweisen wird.

Bestimmte Genussmittel wie Sekt sind heute kein Luxusartikel mehr, wie der Kaiser und das Parlament damals meinten; vielmehr sind sie allgemeine Gebrauchsgüter geworden. Nebenbei gesagt – das sagen auch die Ärzte –: Sekt dient, in Maßen genossen, eindeutig der Gesundheit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Auch das muss man heute einmal feststellen.

Bei einer Abschaffung der Schaumweinsteuer hätten wir, so lautet die Schätzung, in diesem Jahr Steuerausfälle in Höhe von 700 Millionen DM zu verzeichnen. Im Jahre 1998 hätten die Steuerausfälle bei rund 1 Milliarde DM gelegen. Frau Staatssekretärin Hendricks – Sie werden später darauf eingehen –, ich könnte den Brief vorlesen, den Sie mir in dieser Sache vor einem Jahr geschrieben haben.

Die Höhe der UMTS-Erlöse liegt bei 99 Milliarden DM. Im Zuge der europäischen Steuergleichstellung hat man in Deutschland neue Sondersteuerarten eingeführt. Die Sektsteuer ist in Deutschland eine Sondersteuer. In einer EU-Vorschrift wird ausdrücklich festgelegt, dass **Wein- und Alkoholsteuern** abzuschaffen sind. Von daher haben wir innerhalb der Europäischen Union die Möglichkeit, dies zu tun.

Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Steuersätze in den Staaten der Europäischen Union bedeutet die Ökosteuern eine zusätzliche Belastung für die deutsche Landwirtschaft.

(Heinz Wiese [Ehingen] [CDU/CSU]: Traurig, traurig!)

Das ist nicht gut. Deswegen soll man wenigstens hier den Versuch unternehmen, eine Steuerangleichung auf europäischem Niveau vorzunehmen. Die Belastung pro Liter Sekt inklusive Mehrwertsteuer beträgt – das geht in der Regel unter – 2,60 DM. Damit liegen wir europaweit an der Spitze. Man muss einmal kundtun, wie hoch die Verbraucher durch eine Sondersteuer belastet werden, die mit dazu dient, den Staatshaushalt zu finanzieren.

Norbert Schindler

- (A) Die Steuererhebung läuft folgendermaßen ab: Die Winzer, auch die in Rheinland-Pfalz, und alle anderen in der Sektwirtschaft Tätigen sind dann, wenn der Sekt das Steuerlager verlässt, zur Steuerzahlung verpflichtet. Sie müssen also in Vorleistung für ein Produkt treten, für das vielleicht erst zwei oder drei Jahre später ein Verkaufserlös erzielt wird. So lange kann die Refinanzierung dauern. Der Wettbewerb gegenüber Prosecco und Perlweinen ist dadurch deutlich verzerrt.

Man kann feststellen, dass die Einnahmen aus der Sektsteuer Jahr für Jahr kontinuierlich zurückgehen, weil man auf ähnliche Produkte des europäischen Binnenmarktes ausweicht. Diese Tatsache macht mir Sorge. Bleiben wir in Deutschland stur bei der hohen steuerlichen Hürde, werden wir vielleicht, ob wir das wollen oder nicht, die Sektsteuer quasi selbst abschaffen. Die Frage der Abschaffung der Sektsteuer sollte man sowohl vor dem Hintergrund des Ziels der Steuervereinfachung und der Tatsache der zurückgehenden Steuereinnahmen als auch vor dem Hintergrund des europaweiten Wettbewerbs sehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Jeder versucht ja, seinen Weg zu gehen. Die Italiener machen uns vor, wie es erfolgreich geht; auch die **deutsche Weinwirtschaft** hat davon einiges übernommen. Im Vergleich stehen Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg ja nicht schlecht da. Gerade vor diesem Hintergrund sollten wir nicht stur an einer veralteten Regelung festhalten, sondern sie beseitigen.

- (B) Ich möchte aber auch, Kollegin Sehn, ein ernstes Wort an unsere F.D.P. richten.

(Zurufe von der SPD und der PDS: Unsere?)

– Natürlich, wir haben ja momentan Wahlkampf in Rheinland-Pfalz. Da ich aus Rheinland-Pfalz komme, sage ich das ganz bewusst.

Ich hätte mir gewünscht, dass die Initiative der F.D.P., mit der meine Partei und auch ich schon seit Jahren übereinstimmen, auch von einer Bundesratsinitiative, die unsere sozial-liberal geführte Regierung in Mainz auf den Weg hätte bringen müssen, begleitet worden wäre.

(Marita Sehn [F.D.P.]: Sie sehen doch den Widerstand, Herr Schindler! Schauen wir einmal, was wir nach der Wahl machen können!)

Das jetzige Verhalten erinnert mich schon ein wenig an den Begriff der Doppelzüngigkeit, den wir ja alle von Karl Mays Winnetou kennen: Hier wird mit gespaltener Zunge gesprochen.

(Marita Sehn [F.D.P.]: Nein, sehe ich ganz anders!)

Dies sage ich mit vollem Ernst. Wir können dieses Thema bei der Beratung des Antrages heute zwar publizistisch besetzen, um es aber auf Dauer mit Inhalten zu erfüllen, wäre es schon sehr hilfreich, wenn auch Rheinland-Pfalz Flagge zeigte.

(Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Vielleicht geht es nach der Wahl! – Marita Sehn [F.D.P.]: Warten wir einmal ab!)

Ich fordere unsere Regierung in Mainz auf, dieses vor der Wahl zu tun und nicht erst nach dem 25. März gemäß dem Motto: Wir gehen dann wieder zur normalen Tagesordnung über. (C)

Meine Damen und Herren, die Steuerberechtigten in diesem Land – das wurde auch in der Aktuellen Stunde vorgestern in Bezug auf die Ökosteuer noch einmal angesprochen – sind symptomatisch für den Umgang des Staates mit seinen Bürgern: Bestimmte Klientelen werden abgestraft, seien es die Kraftfahrzeugindustrie oder die Bauwirtschaft, die ja auch von der Ökosteuer bei ihren Transporten betroffen ist, sei es die deutsche Landwirtschaft, die vor dem Problem steht, wie mit den Folgekosten von **BSE** umgegangen wird. 2 Milliarden DM werden hierfür benötigt. Gestern stritt man sich über die Finanzierung, kam zu keinem Ergebnis und vertagte sich auf Ende April. Weiterhin frage ich: Wie geht es mit der deutschen Fleischwirtschaft weiter, welche Zukunft haben die Schlachthöfe, auch die in Rheinland-Pfalz? Was Sie machen, kann man nicht als verantwortungsvolle Politik bezeichnen.

Ich bin tief enttäuscht über die Äußerungen des Bundesfinanzministers, der vor zwei Tagen im Finanzausschuss auf meine Frage, wie denn die Kosten zugeordnet werden sollen, locker vom Hocker und schnoddrig antwortete: Das geht uns eigentlich nichts an; was die Länder vorgelegt haben, akzeptiere ich nicht. – Gesundheitsvorsorge ist eine allgemeine Aufgabe und Verpflichtung sowohl des Bundes – diesen nenne ich an erster Stelle – als auch der Länder. Was hier an Zeit vertan wurde – das gilt mittlerweile auch für die neue Verbraucher-schutzministerin –, ist nicht mehr zu verantworten. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Dass wir heute die Abschaffung der Sektsteuer diskutieren, kann ich für die CDU/CSU nur ausdrücklich begrüßen. Ich hoffe darauf, dass wir dieses gesunde Produkt weiteren Verbraucherschichten öffnen können, indem wir der Weinwirtschaft die Möglichkeit geben, mit dem eingesparten Steuergeld günstigere Angebote auf den Markt zu bringen.

(V o r s i t z: Vizepräsidentin Petra Bläss)

Ich hoffe auf die Einsicht der Regierungskoalition, vielleicht nicht heute und morgen, aber im Laufe der Beratung dieses Antrages. Mit der Abschaffung dieser Steuer tun wir etwas Gutes für die Steuervereinfachung in Deutschland und für die Steuerangleichung in Europa.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Die Kollegin Christine Scheel, Bündnis 90/Die Grünen, hat ihre Rede zu Protokoll gegeben.¹⁾ – Ich sehe Einverständnis im gesamten Hause.

¹⁾ Anlage 3

Vizepräsidentin Petra Bläss

- (A) Nächster Redner ist der Kollege Dr. Dietmar Bartsch für die PDS-Fraktion.

Dr. Dietmar Bartsch (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dem Thema sollte eine halbtrockene Rede angemessen sein, so wie sie Herr Schild gehalten hat.

(Marita Sehn [F.D.P.]: Das war nicht halbtrocken!)

Die Erkenntnis der F.D.P. nach ewiger Regierungszeit kommt zwar etwas spät. Aber die Abgeordneten der PDS, die „Rotkäppchen“ im Deutschen Bundestag, unterstützen die Initiative zur Abschaffung der Sektsteuer.

(Beifall bei der PDS sowie des Abg. Klaus Haupt [F.D.P.] – Marita Sehn [F.D.P.]: Das ist ja wunderschön!)

Die Liberalen muten uns zugegebenermaßen keinen übertrieben großen Schritt zu. Sie wollen den Menschen eine Last nehmen, von deren Existenz bislang wohl nur die Wenigsten wussten.

(Marita Sehn [F.D.P.]: Es geht um eine Vereinfachung und um Transparenz!)

Von Massenpetitionen oder von Großdemonstrationen ist zumindest uns nichts bekannt.

Ich glaube auch nicht, dass sofort die Korke knallen, wenn die Portemonnaies der Bürgerinnen und Bürger um etwas mehr als 12 DM im Jahr – statistisch gesehen; wir wissen ja, wie das mit dem Durchschnitt ist – entlastet werden. Allerdings möchte ich Sie angesichts der großzügig gefassten Begründung Ihres Antrages beim Wort nehmen. Sie wissen ja: Im Wein liegt die Wahrheit.

(B)

In Ihrem Bestreben, das Steuerrecht zu vereinfachen, werden Sie stets unsere Unterstützung finden. Eine radikale Vereinfachung, Transparenz und **Entbürokratisierung des Steuerrechts** sind die Voraussetzungen für mehr Demokratie und Gerechtigkeit.

Wir wurden auch auf die verfassungsrechtliche Dimension der zu behandelnden Fragen hingewiesen. Mit großem Interesse habe ich zur Kenntnis genommen, dass die F.D.P. der Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich zu Leibe rücken will. Zu Beginn des neuen Jahrtausends könnte die Prosecco/Champagner-Trennlinie fallen und wir sind dabei gewesen.

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD)

„Sekt für alle“ ist sicherlich eine gute Devise. Nur müssen die Menschen in diesem Land mehr Gründe zum Anstoßen haben. Ich bin deshalb gespannt, welche weiteren Initiativen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit Sie nun auf den Weg bringen werden. Gerade hier gilt doch: Manchmal muss Mumm sein.

Wenn Steuern und Abgaben in diesem Land so reformiert werden, dass die Massenerwerbslosigkeit wirksam bekämpft, soziale Sicherheit gewährleistet, reale Gleichstellung der Geschlechter unterstützt und eine ökologische

nachhaltige Wirtschaftsentwicklung gefördert werden, dann können sich die Menschen über den Wegfall der Alternativen „Sekt oder Selters“ freuen. Dann werden wir uns gern dieser Debatte erinnern und gemeinsam mit der Fraktion der F.D.P. in den Ruf einstimmen: Trink, Brüderle, trink! (C)

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Letzte Rednerin in dieser Debatte ist die Parlamentarische Staatssekretärin Barbara Hendricks.

Dr. Barbara Hendricks, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man könnte ja versucht sein, in den Ruf einzustimmen: Sekttrinker aller Länder, vereinigt euch hinter der blau-gelben Fahne des Liberalismus!

(Marita Sehn [F.D.P.]: Darum geht es gar nicht, Frau Hendricks!)

Werft die Ketten der Ausbeutung ab, damit ihr die 2 DM pro Flasche, die ihr seit 1902 bezahlen müsst, endlich loswerdet!

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Norbert Schindler [CDU/CSU]: 2,60 DM!)

Damit haben wir dann auch noch die Vereinfachung des Steuerrechts erreicht.

(Marita Sehn [F.D.P.]: Frau Hendricks, Sie haben nichts verstanden!) (D)

Wenn man es sich so einfach macht, das Steuerrecht durch die Abschaffung von ganzen Steuerarten reformieren zu wollen, dann ist das leider ein bisschen fantasielos.

(Marita Sehn [F.D.P.]: Eine Steuer muss aber auch Sinn machen! Warum gibt es überhaupt die Sektsteuer?)

Man wird sich schon sozusagen um die innere Struktur der jeweiligen Steuer kümmern müssen, so wie wir das zum Beispiel gerade bei der Körperschaftsteuer mit einem wesentlichen Vereinfachungsschritt gemacht haben. Steuern einfach abzuschaffen ist keine **Steuervereinfachung**.

(Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Doch!)

Ich will Ihnen einmal sagen, wie die Situation bei der Sektsteuer ist: Wir haben im letzten Jahr 930 Millionen DM Einnahmen gehabt. Die Bearbeitung bei den 5 500 Steuerpflichtigen wurde bundesweit von 56 Zöllnern durchgeführt, deren Besoldung rund 6 Millionen DM kostet. Das ist also gerade etwas mehr als ein halbes Prozent des Ertrages, den wir bei den 5 500 Steuerpflichtigen einnehmen können, die naturgemäß die Steuer auf den Verbraucher abwälzen. Es ist so ungefähr die einfachste Steuer, die man sich vorstellen kann. Mit 56 Leuten bei 5 500 Steuerpflichtigen rund 1 Milliarde DM einholen, das ist ein vernünftiger Ertrag.

(Marita Sehn [F.D.P.]: Aber warum?)

Parl. Staatssekretärin Dr. Barbara Hendricks

- (A) Es wäre schön, wenn alle Steuern so einfach zu handhaben wären.

Natürlich haben wir keine kaiserliche Flotte mehr; das ist völlig klar. Aber wir haben eine republikanische, demokratisch legitimierte Flotte, die ebenfalls Geld braucht. Erst gestern, auf Ihren Antrag hin, haben Sie hier eine Stunde lang die angebliche Unterfinanzierung der Bundeswehr beklagt. Natürlich ist die Sektsteuer nicht zweckgebunden zur Finanzierung der Bundeswehr;

(Heinz Seiffert [CDU/CSU]: So wenig, wie die Ökosteuer mit der Rente zu tun hat!)

sie würde leider auch nicht ausreichen, weil die Bundeswehr ungefähr 44 Milliarden DM im Jahr und nicht nur 1 Milliarde DM braucht.

Aber ich möchte wenigstens den Versuch machen, eine allererste Einführung in die **Grundzüge des Steuerrechts**, sozusagen privatissime et gratis für die F.D.P.-Fraktion, zu geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt so genannte direkte Steuern; sie werden auf Gewinn und Einkommen erhoben, progressiv, jeweils abhängig von der Höhe des Gewinns und des Einkommens. Dann gibt es indirekte Steuern, hier insbesondere die Verbrauchsteuern – die wesentlichste von diesen ist die Umsatzsteuer – und die speziellen Verbrauchsteuern; dazu gehört die Sektsteuer.

(Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Und die Ökosteuer!)

- (B) Sie wird nach Verbrauch erhoben, wie der Name schon sagt, in diesem Fall 2 DM auf 0,75 Liter einer normalen Sektflasche.

Das ist auch nicht verschleiert. Da hat Minister Eichel nicht irgendwie seine Bücher zugehalten, wie Sie das behaupten. Die Sektsteuer ist nun fast 100 Jahre alt und hat sich im Prinzip kaum geändert,

(Marita Sehn [F.D.P.]: Aber sie ist aus einem bestimmten Grund eingeführt worden und diesen Grund gibt es nicht mehr!)

außer dass sie in der Höhe differiert hat. Jetzt liegt sie seit ungefähr 20 Jahren auf derselben Höhe. Was also soll daran verschleiert sein? Jeder Bürger weiß das oder kann es zumindest wissen. Was haben Sie davon, wenn die Flasche jetzt 2 DM billiger wird? Es war von gesundem Verbrauch, „in Maßen genossen“, die Rede, lieber Kollege Schindler. Du als Winzer hast natürlich ein spezielles Interesse; das muss man den Bürgerinnen und Bürgern auf der Tribüne vielleicht einmal sagen.

(Norbert Schindler [CDU/CSU]: Nur kein Neid! – Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Er ist Sachverständiger!)

Was heißt, „in Maßen“? Bezieht sich das vielleicht auf den durchschnittlichen Verbrauch pro Kopf, also etwa sechs Flaschen im Jahr? Sonst kämen die vom Kollegen Bartsch genannten 12 DM pro Jahr ja nicht zustande. Was soll daran entscheidend sein, dass der Mensch sechsmal im Jahr 2 DM spart oder nicht?

(Marita Sehn [F.D.P.]: Darum geht es gar nicht!) (C)

– Doch, darum geht es wohl.

(Marita Sehn [F.D.P.]: Nein! Darum geht es nicht!)

Steuern sind allgemeine Deckungsmittel für die Deckung der Bedürfnisse des gesamten Haushaltes. Sie, Kollege Schindler, haben am Ende Ihrer Rede lautstark beklagt, was im Zusammenhang mit BSE alles noch passieren muss, dass es allein in diesem Jahr ein Risiko von über 2 Milliarden DM gibt.

(Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Da hat er Recht!)

– Ja, natürlich! Allein wegen der BSE-Krise haben wir in diesem Jahr ein Haushaltsrisiko von mindestens 2 Milliarden DM. – Aber im selben Atemzug sagen Sie, wir sollten leichthin auf die 1 Milliarde DM aus der Sektsteuer verzichten.

(Norbert Schindler [CDU/CSU]: Ihr habt doch 100 Milliarden DM bei den UMTS eingenommen! Wo habt ihr die hingetan?)

– Die Einnahmen aus den UMTS-Erlösen haben wir zum Schuldenabbau gebraucht, und zwar zum Abbau der Schulden, die Sie uns hinterlassen haben. Mit den 100 Milliarden DM konnten wir natürlich nur einen kleinen Teil davon abbauen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

14 mal 100 Milliarden DM sind es dann immer noch an Schulden. Auch die müssen wir irgendwann noch tilgen. Das ist die tatsächliche „Erblast“. Ich will dieses Wort ja eigentlich nicht benutzen, aber wenn Sie mich herausfordern, muss ich es doch einmal sagen. (D)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Frau Staatssekretärin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Barbara Hendricks, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen: Aber klar.

Norbert Schindler (CDU/CSU): Frau Staatssekretärin Hendricks, Gott sei Dank können wir persönlich eigentlich gut miteinander.

(Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Keine Details! – Heiterkeit)

Dann werden Sie mir in Bezug auf die Schulden in Höhe von 1,4 Billionen DM, die Sie jetzt wieder genüsslich vorführen, doch zugestehen: Dabei ging es um die beste Investition in Deutschlands Zukunft, nämlich darum, die Wiederherstellung der deutschen Einheit auch finanziell zu gewährleisten. Ich bin auf diese Schulden ausdrücklich stolz. Das sollte man in diesem Zusammenhang doch wirklich in allem Ernst feststellen. Oder ist es anders?

Dr. Barbara Hendricks, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen: Herr Kollege Schindler, da will ich Ihnen gerne zustimmen. Ich sehe durchaus die

Parl. Staatssekretärin Dr. Barbara Hendricks

- (A) Tatsache, dass etwa die Hälfte dieses hohen Schuldenberges

(Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Gut zwei Drittel!)

dadurch entstanden ist, dass wir das finanzielle Problem der deutschen Einheit schultern mussten; wir müssen es auch weiter schultern. Deswegen gibt es auch keinen Anlass, sich zurückzulehnen und zu sagen, die Sache sei jetzt erledigt. Sie wissen, dass wir in Verhandlungen über den Solidaripakt II eintreten. Sie wissen, dass wir eine besondere Finanzierung zur Entwicklung der neuen Länder auch in der Zukunft brauchen werden. Darum ist es nicht so einfach, hier oder da auf Einnahmen zu verzichten. Sie haben den Solidaritätszuschlag angesprochen. Den werden wir auch in Zukunft brauchen, solange wir die besondere finanzielle Belastung, die im Gefolge der deutschen Einheit entstanden ist, noch haben.

(Marita Sehn [F.D.P.]: Aber wenn man eine Steuerreform macht, muss man sie so machen, dass es jeder versteht!)

Darum ist es eben nicht verantwortlich, einfach so zu tun, als könnten wir leichthin auf 1 Milliarde DM verzichten.

Noch einmal: Die **UMTS-Erlöse** in Höhe von 100 Milliarden DM haben wir tatsächlich zum Schuldentilgen verwandt, das wissen Sie. Das sind 100 Milliarden DM von 15 mal 100 Milliarden DM gewesen. 14 mal 100 Milliarden DM bleiben bestehen und müssen mit Zinsen in Höhe von jährlich 80 Milliarden DM bedient werden. Auch das muss man sich vergegenwärtigen. Das bekommen wir nicht von heute auf morgen weg, Kollege Schindler. Deswegen bitte ich Sie, mir zuzugestehen, dass wir die Milliarden nicht einfach so verschenken können, wenn wir verantwortungsbewusst handeln, zumal es offenbar ist, dass die Menschen durch die Sektsteuer eine tatsächliche Belastung weder erfahren noch spüren.

- (B)

(Beifall bei der SPD – Marita Sehn [F.D.P.]: Darum geht es doch gar nicht! Sie wollen es nicht verstehen!)

Herr Kollege Schindler, obwohl Sie mir durch Ihre Zwischenfrage Gelegenheit gegeben haben, meine Redezeit auszudehnen, will ich davon keinen Gebrauch machen. Die Argumente liegen auf der Hand. Man sollte es sich nicht so einfach machen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der F.D.P., sondern man muss sich zum Thema Steuervereinfachungen schon ein paar Gedanken machen. (C)

Erlauben Sie mir eine Bemerkung zum Schluss: Im Antrag der F.D.P. heißt es, die Bundesregierung möge „einen Gesetzentwurf über die Abschaffung der Sektsteuer“ vorlegen. Ich erkläre für die Bundesregierung, dass wir das nicht tun. Aber was mich bei diesem Antrag gewundert hat, ist folgender Tatbestand: Die Erarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Abschaffung der Sektsteuer, dem ich, wie gesagt, inhaltlich nicht zustimme, ist ein ausgesprochen einfacher gesetzestechnischer Vorgang. Ihre Fraktion, die etwa zur Hälfte aus ehemaligen Regierungsmitgliedern besteht, hätte diesen Gesetzentwurf zumindest selber formulieren können.

Herzlichen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und der PDS)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 14/5337 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen. (D)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestags auf Mittwoch, den 14. März 2001, 13 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 11.07 Uhr)

(A)

Anlage 1

Anlagen zum Stenographischen Bericht (C)

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich	Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Behrendt, Wolfgang	SPD	09.03.2001*	Dr.-Ing. Kansy, Dietmar	CDU/CSU	09.03.2001
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine	CDU/CSU	09.03.2001	Dr. Kenzler, Evelyn	PDS	09.03.2001
Dr. Blens, Heribert	CDU/CSU	09.03.2001	Klappert, Marianne	SPD	09.03.2001
Dr. Blüm, Norbert	CDU/CSU	09.03.2001	Kors, Eva-Maria	CDU/CSU	09.03.2001
Bohl, Friedrich	CDU/CSU	09.03.2001	Kossendey, Thomas	CDU/CSU	09.03.2001
Dr. Brecht, Eberhard	SPD	09.03.2001	Kramme, Anette	SPD	09.03.2001
Bühler (Bruchsal), Klaus	CDU/CSU	09.03.2001*	Kraus, Rudolf	CDU/CSU	09.03.2001
Bulmahn, Edelgard	SPD	09.03.2001	Dr.-Ing. Krüger, Paul	CDU/CSU	09.03.2001
Carstensen (Nordstrand), Peter H.	CDU/CSU	09.03.2001	Lehn, Waltraud	SPD	09.03.2001
Dr. Däubler-Gmelin, Herta	SPD	09.03.2001	Lenke, Ina	F.D.P.	09.03.2001
Dautzenberg, Leo	CDU/CSU	09.03.2001	Lennartz, Klaus	SPD	09.03.2001
(B) Doss, Hansjürgen	CDU/CSU	09.03.2001	Dr. Leonhard, Elke	SPD	09.03.2001
Dr. Eckardt, Peter	SPD	09.03.2001	Louven, Julius	CDU/CSU	09.03.2001
Eichstädt-Bohlig, Franziska	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	09.03.2001	Dr. Luft, Christa	PDS	09.03.2001
Eymer (Lübeck), Anke	CDU/CSU	09.03.2001	Müller (Jena), Bernward	CDU/CSU	09.03.2001
Formanski, Norbert	SPD	09.03.2001	Nahles, Andrea	SPD	09.03.2001
Frankenhauser, Herbert	CDU/CSU	09.03.2001	Neumann (Gotha), Gerhard	SPD	09.03.2001*
Friedhoff, Paul K.	F.D.P.	09.03.2001	Nolte, Claudia	CDU/CSU	09.03.2001
Fuchs (Köln), Anke	SPD	09.03.2001	Ost, Friedhelm	CDU/CSU	09.03.2001
Dr. Geißler, Heiner	CDU/CSU	09.03.2001	Otto (Frankfurt), Hans-Joachim	F.D.P.	09.03.2001
Dr. Gerhardt, Wolfgang	F.D.P.	09.03.2001	Dr. Protzner, Bernd	CDU/CSU	09.03.2001
Goldmann, Hans-Michael	F.D.P.	09.03.2001	Dr. Rexrodt, Günter	F.D.P.	09.03.2001
Hartnagel, Anke	SPD	09.03.2001	Ronsöhr, Heinrich-Wilhelm	CDU/CSU	09.03.2001
Heyne, Kristin	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	09.03.2001	Roth (Augsburg), Claudia	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	09.03.2001
Hirche, Walter	F.D.P.	09.03.2001	Dr. Schäfer, Hansjörg	SPD	09.03.2001
Irber, Brunhilde	SPD	09.03.2001	Scherhag, Karl-Heinz	CDU/CSU	09.03.2001
Janovsky, Georg	CDU/CSU	09.03.2001	Schily, Otto	SPD	09.03.2001
Jünger, Sabine	PDS	09.03.2001	Schlauch, Rezzo	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	09.03.2001
			Schloten, Dieter	SPD	09.03.2001*

(D)

(A)	Schmidbauer (Nürnberg), Horst	SPD	09.03.2001
	Schmitz (Baesweiler), Hans Peter	CDU/CSU	09.03.2001
	Freiherr von Schorlemer, Reinhard	CDU/CSU	09.03.2001
	Schröter, Gisela	SPD	09.03.2001
	Dr. Schuchardt, Erika	CDU/CSU	09.03.2001
	Schuhmann (Delitzsch), Richard	SPD	09.03.2001
	Schultz (Everswinkel), Reinhard	SPD	09.03.2001
	Dr. h. c. Seiders, Rudolf	CDU/CSU	09.03.2001
	Singhammer, Johannes	CDU/CSU	09.03.2001
	Dr. Solms, Hermann Otto	F.D.P.	09.03.2001
	Dr. Freiherr von Stetten, Wolfgang	CDU/CSU	09.03.2001
	Thiele, Carl-Ludwig	F.D.P.	09.03.2001
	Dr. Thomae, Dieter	F.D.P.	09.03.2001
	Trittin, Jürgen	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	09.03.2001
(B)	Vogt (Pforzheim), Ute	SPD	09.03.2001
	Dr. Waigel, Theodor	CDU/CSU	09.03.2001
	Wettig-Danielmeier, Inge	SPD	09.03.2001
	Dr. Wiczorek, Norbert	SPD	09.03.2001
	Wohlleben, Verena	SPD	09.03.2001
	Zierer, Benno	CDU/CSU	09.03.2001*

* für die Teilnahme an Sitzungen der Westeuropäischen Union

Anlage 2

Nachträglich zu Protokoll gegebene Antwort

der Parl. Staatssekretärin Margareta Wolf auf die Fragen des Abgeordneten **Erich G. Fritz** (CDU/CSU) (154. Sitzung am 7. März 2001; Drucksache 14/5414, Fragen 26 und 27):

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Leistungsfähigkeit der Bundesstelle für Außenhandelsinformation (bfai) für die deutsche Wirtschaft und die Wirtschaftsorganisationen durch den vorgesehenen und größtenteils auch schon erfolgten Abbau von Korrespondentenstellen im Ausland gefährdet und damit der Weg ins Auslandsgeschäft vor allem für die kleinen und mittleren Unternehmen erschwert wird?

Wie beurteilt die Bundesregierung den von den im Verwaltungsrat der bfai vertretenen Wirtschaftsorganisationen geäußerten Vorschlag, anstelle der Streichung von ausländischen Korrespondentenstellen über eine kostengünstigere Informationsbeschaffung

nachzudenken, die beispielsweise eine verstärkte Kooperation mit den Auslandskammern vorsieht? (C)

Zu Frage 26:

Auch nach dem durch notwendige Haushaltseinsparungen erfolgten Abbau verfügt die bfai noch über ein Korrespondentennetz an 44 Standorten im Ausland sowie über vier Reisekorrespondenten. Insofern ist auch weiterhin die Versorgung der deutschen Wirtschaft durch die bfai mit Informationen sichergestellt. Allerdings sieht auch die Bundesregierung die Gefahr, dass die Reduzierungen im Personalbestand, insbesondere im Korrespondentennetz, dazu führen, dass Informationstiefe und -qualität beeinträchtigt und neue zukunftsorientierte Aufgaben nicht in Angriff genommen werden können.

Die Bundesstelle für Außenhandelsinformation (bfai) mit ihrem weltweiten Korrespondentennetz, das in der Gesellschaft für Außenhandelsinformation (GfAI) organisiert ist, ist einziger zentraler Anbieter von außenwirtschaftsrelevanten Informationen und somit ein unverzichtbares Instrument der deutschen Außenwirtschaftsförderung. Auch die Bundesregierung ist daran interessiert, dass das in Umfang und Qualität gute Dienstleistungsangebot und die umfassende Information über dynamische Marktentwicklungen durch Personaleinsparungen im Korrespondentennetz nicht weiter eingeschränkt wird und den sich wandelnden regionalen Orientierungen der deutschen Wirtschaft auch weiterhin in dem erforderlichen Maße Rechnung getragen werden kann. Vor allem für die KMU sind die praxis- und regionalnahen Informationen der Korrespondenten über ausländische Absatzmärkte eine wichtige Unterstützung für geplante Auslandsengagements. Sie tragen zur Stärkung ihrer Wettbewerbsposition bei und gleichen das oft fehlende Erfahrungswissen aus, das notwendig ist, um wirtschaftliche Risiken und sonstige Probleme eines Auslandsengagements richtig einschätzen zu können. Die Bundesregierung wird alles daran setzen, dass die bfai in Zukunft auf sicherer Basis arbeiten und ihrem Auftrag gemäß Gründungserlass, die deutsche Wirtschaft umfassend mit außenwirtschaftlichen Informationen zu versorgen, gerecht werden kann, um damit ein wirksames Instrument der deutschen Außenwirtschaftsförderung zu bleiben. (D)

Zu Frage 27:

Der in der Frage angesprochene Vorschlag bezieht sich auf die gemeinsame Stellungnahme der Wirtschaftsorganisationen zur Zukunft der bfai. Die Wirtschaftsorganisationen unterstreichen darin das vorrangige Interesse, dass das Korrespondentennetz der bfai und damit der Nutzen der bfai für die deutsche Wirtschaft erhalten bleiben. Die Bundesregierung teilt insbesondere die positive Einschätzung der Wirtschaftsorganisationen zur großen Bedeutung der praxisnahen und genauen Informationen der Korrespondenten im Ausland, insbesondere für die KMU.

Die Bundesregierung unterstützt weiterhin alle Bemühungen der bfai, bei der Informationsbeschaffung im Ausland zu kostengünstigen Lösungen zu kommen. Dies schließt, wo die bfai nicht über eigene Korrespondenten

- (A) verfügt, auch Kooperationen mit Auslandshandelskammern ein. Einzelne Pilotprojekte hat die bfai bereits in Angriff genommen. Die Bundesregierung unterstützt auch weitere Pilotprojekte der bfai, um die Möglichkeiten der Kostenreduzierung für die Informationsbeschaffung weiter auszuloten und um Synergien, zum Beispiel mit den Auslandshandelskammern, zu nutzen. Die Anregung, die Reduzierungen im Korrespondentennetz durch Alternativen, vor allem die verstärkte Kooperation mit den Auslandshandelskammern zu kompensieren, erfordert den Aufbau der erforderlichen Informationskompetenz in den Kammern. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass im System der deutschen Außenwirtschaftsförderung die Informationsbeschaffung nicht vorrangige Aufgabe der Auslandshandelskammern ist.

Anlage 3

Zu Protokoll gegebene Rede

zur Beratung des Antrages: Steuerrecht vereinfachen – Schaumweinsteuer abschaffen (Tagesordnungspunkt 17)

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Der Antrag der F.D.P., die Schaumweinsteuer abzuschaffen, steht in der politischen Kontinuität der Anträge, die Ökosteuer abzuschaffen und Forderungen wie die Einkommenssteuertarife frühzeitiger und stärker abzusenken. Finanzpolitisches Chaos wäre das Gesamtergebnis, was bisher meist eher der politischen Strategie der PDS entsprach. In dieser Hinsicht sind sich im Ergebnis diese beiden Oppositionsparteien oftmals einig.

- (B) Bei der Schaumweinsteuer geht es um etwas mehr als 1 Milliarde DM Steuereinnahmen, die die F.D.P. als Wahlgeschenk in Rheinland-Pfalz „ausschenken“ will. Haushaltsrisiken und eine solide Finanzpolitik sind Fremdwörter für Steuerpopulisten. Ich halte das Ganze für reine Schaumschlägerei.

Richtig ist, dass die Schaumweinsteuer in ihrer Ausgestaltung einige Ungereimtheiten aufweist. Diejenigen Schaumweine sind steuerpflichtig, die in Flaschen mit Schaumweinstopfen, der durch eine besondere Haltvorrichtung befestigt ist, abgefüllt werden oder die bei plus 20 Grad Celsius einen auf aufgelöstes Kohlendioxid zurückzuführenden Überdruck von 3 bar oder mehr aufweisen. Mit dieser Definition ist Sekt steuerpflichtig und Prosecco nicht. Diese Tatsache führt zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Produkten, die für den Konsumenten nicht nachvollziehbar sind.

Die Schaumweinsteuer ist in 10 von 15 EU-Ländern mit weit divergierenden Steuersätzen eingeführt: von 16 DM Steuerersatz je Hektoliter Schaumwein bis zu 1 068 DM Steuerersatz je Hektoliter Schaumwein in Irland. Der deutsche Steuersatz in Höhe von 266 DM je Hektoliter Schaumwein bewegt sich im Niveau in der Nachbarschaft von Belgien mit 249 DM und Dänemark von 258 DM je Hektoliter Schaumwein. Von einer Harmonisierung der Steuersätze ist die EU nach wie vor weit entfernt. Es gilt seitens der Bundesregierung zu informieren und zu

prüfen, inwiefern die Harmonisierung der Steuersätze in der EU vorangetrieben werden kann. (C)

Eine weitere Ungereimtheit sehe ich darin, dass der Schaumwein mit 266 DM je Hektoliter höher besteuert wird als Spirituosen mit 255 DM je Hektoliter. Der Alkoholgehalt spielt bei der Frage, wie die Schaumweinsteuer ausgestaltet ist, bislang offensichtlich keine Rolle. Schaumwein ist heutzutage kein Luxusprodukt mehr, sodass es sich bei dieser Steuer nicht um eine Luxussteuer handeln kann, sondern ein spezifisch alkoholhaltiges Produkt, welches einer Besteuerung unterliegt. Die Bundesregierung ist im Rahmen des Beratungsprozesses dieses Antrages meines Erachtens aufgefordert, diese von mir aufgezählten Ungereimtheiten einer Überprüfung zu unterziehen.

Anlage 4

Amtliche Mitteilungen

Der Bundesrat hat in seiner 759. Sitzung am 16. Februar 2001 beschlossen, den nachstehenden Gesetzen zuzustimmen, bzw. einen Antrag gemäß Art. 77 Abs. 2 Grundgesetz nicht zu stellen:

- Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens (**Altersvermögensergänzungsgesetz – AVmEG**)
- **Gesetz zu dem Abkommen vom 28. Juli 1995 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Aserbaid-schanischen Republik über den Luftverkehr und zu dem Protokoll vom 29. Juni 1998 zur Berichtigung und Ergänzung des Abkommens vom 28. Juli 1995 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Aserbaid-schanischen Republik über den Luftverkehr** (D)
- **Gesetz zu dem Abkommen vom 21. Mai 1999 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Moldau über den Luftverkehr**
- **Gesetz zu den Anpassungsprotokollen zu den Europa-Abkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits, der Republik Ungarn, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, der Republik Polen, der Republik Bulgarien und Rumänien andererseits**
- **Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften (StVRÄndG)**
- **Gesetz zu den Änderungsurkunden vom 6. November 1998 zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion vom 22. Dezember 1992**

- (A) – **Erstes Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch**
- **Gesetz zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet der Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen**
- **Gesetz zur Umstellung des Kostenrechts und der Steuerberatergebührenverordnung auf Euro – KostREuroUG –**
- **Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes**
- **Gesetz zur Bekämpfung gefährlicher Hunde**
- **Gesetz zur Änderung futtermittelrechtlicher, tierkörperbeseitigungsrechtlicher und tierseuchenrechtlicher Vorschriften im Zusammenhang mit der BSE-Bekämpfung**

Zu dem letztgenannten Gesetz hat der Bundesrat die folgende Enschließung gefasst:

1. Die Bundesregierung wird gebeten, unverzüglich die zur Abwehr von Gefahren durch die BSE erforderlichen Rechtsverordnungen auf der Grundlage des Gesetzes zur Änderung futtermittelrechtlicher, tierkörperbeseitigungsrechtlicher und tierseuchenrechtlicher Vorschriften im Zusammenhang mit der BSE-Bekämpfung zu erlassen. Dazu gehören insbesondere Regelungen auf der Grundlage des neuen § 3 des Verfütterungsverbotsgesetzes sowie die auf der Grundlage des neuen § 79 a des Tierseuchengesetzes zu regelnde Tötung bei Ausbruch der BSE.
- (B) 2. Die Bundesregierung wird gebeten, unverzüglich Vorschriften zu erlassen für
- die Durchführung von Rinderschlachtungen (zum Beispiel Chargenschlachtungen) und darauf hinzuwirken, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Vermeidung der Längsspaltung des Schlachtkörpers umgehend geschaffen werden,
 - das Verbot, Rinderhirne unabhängig vom Alter der Tiere (auch jünger als 12 Monate) für die Lebensmittelproduktion zu verwenden und darauf hinzuwirken, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Erweiterung des Katalogs der spezifizierten Risikomaterialien umgehend geschaffen werden,
 - die unschädliche Beseitigung von Schlachtkörpern und Nebenprodukten der Schlachtung, bei denen die Gefahr einer Kontamination mit BSE-Erregern durch den Schlachtungsprozess besteht,
 - die Entschädigung für potenziell BSE-kontaminierte Schlachtkörper und Nebenprodukte der Schlachtung aus Schlachtchargen.
3. Die Bundesregierung wird gebeten, durch Änderung der tierkörperbeseitigungsrechtlichen Bestimmungen ein Lagerungsverbot für Tiermehle und Tierfette sowie eine Verpflichtung, Tiermehle und Tierfette einer Verbrennung oder einem gleich wirksamen Verfahren zuzuführen, zu schaffen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung gebeten, sich mit Nachdruck für ein

europaweites, zeitlich unbefristetes Verfütterungsverbot der bereits dem nationalen Verfütterungsverbot unterliegenden proteinhaltigen Erzeugnisse und Fette, insbesondere der Tiermehle und Tierfette, einzusetzen. (C)

Begründung:

Durch das Gesetz zur Änderung futtermittelrechtlicher, tierkörperbeseitigungsrechtlicher und tierseuchenrechtlicher Vorschriften im Zusammenhang mit der BSE-Bekämpfung sollen eine Reihe von Verordnungsermächtigungen geschaffen werden, um bestehende Probleme, die den Ländern beim Vollzug der Vorschriften entstehen, zu lösen. Diese Verordnungen müssen möglichst schnell erlassen werden, um einen schnellen und einheitlichen Vollzug in den Ländern sicherzustellen.

Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass das Gesetz noch nicht alle Problembereiche abdeckt. Hier müssen ebenfalls unverzüglich die erforderlichen eindeutigen Rechtsgrundlagen für ein Handeln der Verwaltung geschaffen werden.

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass der Ausschuss gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu den nachstehenden Vorlagen absieht:

Auswärtiger Ausschuss

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Tätigkeit der Westeuropäischen Union für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 2000

- Drucksachen 14/4219, 14/4571 Nr. 1.1 –

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale (Jahresabrüstungsbericht 1999)

- Drucksache 14/3233 –

Haushaltsausschuss

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

Haushaltsführung 2000 Überplanmäßige Ausgabe bei Kapitel 10 02 Titel 656 51 – Zuschüsse zur Alterssicherung der Landwirte –

- Drucksachen 14/4876, 14/5112 Nr. 5 –

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

Haushaltsführung 2000 Überplanmäßige Ausgabe bei Kapitel 09 02 Titel 683 50 – Beteiligung am Innovationsrisiko von Technologieunternehmen –

- Drucksachen 14/5044, 14/5112 Nr. 6 –

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

Haushaltsführung 2000 Überplanmäßige Ausgabe bei Kapitel 09 02 Titel 697 15 – Bilanzhilfe Steinkohle –

- Drucksachen 14/5045, 14/5112 Nr. 7 –

(A) Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

– Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht zum Ausbau der Schienenwege 1998

– Drucksachen 13/11468, 14/69 Nr. 1.2 –

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass der Ausschuss die nachstehenden EU-Vorlagen bzw. Unterrichtungen durch das europäische Parlament zur Kenntnis genommen oder von einer Beratung abgesehen hat.

Auswärtiger Ausschuss

Drucksache 14/5172 Nr. 1.4

Finanzausschuss

Drucksache 14/5114 Nr. 2.5

Drucksache 14/5172 Nr. 2.89

Haushaltsausschuss

Drucksache 14/4945 Nr. 2.19

Drucksache 14/4945 Nr. 2.30

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Drucksache 14/4945 Nr. 2.15

Drucksache 14/4945 Nr. 2.16

Drucksache 14/4945 Nr. 2.17

Drucksache 14/4945 Nr. 2.20

Drucksache 14/4945 Nr. 2.36

Drucksache 14/4945 Nr. 2.41

Drucksache 14/5114 Nr. 2.8

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Drucksache 14/2952 Nr. 2.30

Drucksache 14/4309 Nr. 1.4

Drucksache 14/4309 Nr. 1.7

Drucksache 14/4309 Nr. 1.38

Drucksache 14/4665 Nr. 2.6

Drucksache 14/4665 Nr. 2.14

Drucksache 14/4665 Nr. 2.15

Drucksache 14/4665 Nr. 2.23

Drucksache 14/4665 Nr. 2.25

Drucksache 14/4665 Nr. 2.26

Drucksache 14/4665 Nr. 2.27

(B)

Drucksache 14/4945 Nr. 2.43

Drucksache 14/4945 Nr. 2.45

Drucksache 14/4945 Nr. 2.46

Drucksache 14/4945 Nr. 2.47

Drucksache 14/5172 Nr. 2.16

Drucksache 14/5172 Nr. 2.32

Drucksache 14/5172 Nr. 2.34

Drucksache 14/5172 Nr. 2.39

Drucksache 14/5172 Nr. 2.69

Drucksache 14/5172 Nr. 2.70

Drucksache 14/5172 Nr. 2.76

Drucksache 14/5172 Nr. 2.77

Drucksache 14/5172 Nr. 2.78

Drucksache 14/5172 Nr. 2.79

Drucksache 14/5172 Nr. 2.95

Drucksache 14/5281 Nr. 2.10

Drucksache 14/5281 Nr. 2.12

Ausschuss für Gesundheit

Drucksache 14/5172 Nr. 2.85

Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Drucksache 14/4865 Nr. 1.1

Drucksache 14/4865 Nr. 1.2

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Drucksache 14/3341 Nr. 2.23

Drucksache 14/4170 Nr. 2.76

Drucksache 14/4170 Nr. 2.82

Drucksache 14/4441 Nr. 1.11

Drucksache 14/4441 Nr. 1.17

Drucksache 14/4945 Nr. 2.26

Drucksache 14/4945 Nr. 2.27

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Drucksache 14/4865 Nr. 1.3

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Drucksache 14/4309 Nr. 1.19

Drucksache 14/4865 Nr. 2.3

Drucksache 14/4865 Nr. 1.4

(C)**(D)**

